

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **5480**

Stadtsarchiv  
Nürnberg

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

IV A 4/b (11. VO) B. Nr. 1253/44

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und  
den Gegenstand angeben

NI-4216

28. August

1944

Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 99 99 - Fernanruf 12 99 21  
Reichsbankgirokonto: 1/106 - Postcheckkonto: Berlin 2384



An die  
Dresdner Bank  
- Direktion -

Berlin W 8.  
Behrenstr. 35-39

Betrifft: Vermögensverfall auf Grund der Elften Verordnung zum  
Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 (RGBl. I, S. 722);  
hier: die Jüdin Marianne K e r n, geb. am 3. 4. 1894 in  
Wien, zuletzt wohnhaft in Wien, Miteigentümerin  
der Villa K e r n in Velden am Würther See.

Besug: Schreiben vom 10. 7. 1944 - P. Schulz Sekr. Dr. Rasche.

Es ist gemäß § 8, Absatz 1, der Elften Verordnung zum  
Reichsbürgergesetz festgestellt worden, dass das Vermögen der oben  
nämlich bezeichneten Jüdin Kern dem Reich verfallen ist.

Der Oberfinanzpräsident Gras - Liegenschaftsverwal-  
tung in Gras - hat gleichlautende Mitteilung erhalten.

Im Auftrage:  
gez. K u b e



Beglaubigt:  
*Küster*  
Kanzleiangestellte

- End -

**STAATSARCHIV NÜRNBERG**

**Bestand:** *Rep. 502 I NI-4216*

**Nr.** *B1.22*

**Urheberrecht vorbehalten!**

**Reproduktion nur mit Genehmigung**

**Auftrags-Nr.** *128/68*



NI-4216

-1-

Herren Rechtsanwälte  
Dr. August Ludikar  
Dr. Bruno Priebisch

G r a s  
Stempfergasse 9, 2 St.

Sekretariat Dr. Rasche

den 4.9.1944

Betr: Liegenschaftsankauf Dr. Ing.  
A p o l d a Velden a. Würthersee.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom  
29.6.44 Js. überreichen wir Ihnen in der Anlage  
Abschrift eines uns heute vom Chef der Sicher-  
heitspolizei und des SD zugegangenen Schreibens  
zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme.

Heil Hitler!  
Sekretariat Dr. Rasche

Anlage

**STAATSARCHIV NÜRNBERG**

Bestand: *Rep. 502 I NI - 4216*

Nr. *B2. 21*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *138/68*



Graz, am 18. Feber 1944.

An das

Reichssicherheitshauptamt  
Referat IV D/4

B e r l i n

Betrifft: Judenbesitz Geschwister Kern  
in Velden a. Wörthersee, Kärnten;  
Verfallsfeststellung.

Ich vertrete Herrn Generaldirektor i.R. Dr. Ing. Anton Apold  
in Velden a. Wörthersee, Haus am Walde.

Genannter hat mit Kaufvertrag vom 16.1. 1941 die Liegenschaf-  
ten ZL. 107,120 KG. Velden und ZL. 86 KG. Augsdorf, seinen derzeiti-  
gen Wohnsitz, um den Kaufpreis von RM 100.000.- erworben. Verkäufer  
waren die Juden Bruno Jar. Kern, Dr. Walter Jar. Kern, Raoul Isr.  
Kern, Kurt Jar. Kern, Marianne S. Kern und Lisbeth Schönwald geb.  
Kern zu je ein Sechstel.

Den Kaufvertrag schloss für diese jüdischen Eigentümer der  
vom Herrn Reichsstatthalter in Kärnten damit betraute Treuhänder  
der Bürgermeister in Velden Moriz Czeitschner ab. Der Kaufpreis wur-  
de einschliesslich der Entjudungsaufgabe von RM 20.000.- schon bei  
Abschluss des Vertrages erlegt und darüber durch Bescheid des Reichs-  
statthalters in Kärnten vom 21.2. 1942 B IV c/407 verfügt. Die Ein-  
verleibung des Eigentumsrechtes für meinen Klienten in Grundbuch  
konnte jedoch noch immer nicht durchgeführt werden, weil, bevor die  
Genehmigung der Devisenstelle Wien für die grundbücherliche Ueber-  
tragung eingeholt werden konnte, die 11. VO. zum RBG. vom 27.11. in  
Kraft getreten ist, laut welcher auch dieses Judenvermögen als ver-  
fallen festzustellen ist.

Die Verwertung und Verwaltung dieses Judenvermögens obliegt  
dem Oberfinanzpräsidenten Graz, welcher seinerzeit auf Grund des Ein-

**STAATSARCHIV NÜRNBERG**

Bestand: *Rep. 502 I NI - 4217*

Nr. *B2.23*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *128/68*



NI 4217  
- 2 -

Schreitens meines Klienten nunmehr die Bewilligung des Reichsministers der Finanzen eingeholt hat, dass die grundbücherliche Eigentumsübertragung der genannten Liegenschaften an Dr. Ing. Anton Apold erfolgen kann bzw. die Genehmigung hiezu vom Oberfinanzpräsidenten Graz zu erteilen ist, sobald bezüglich der vier jüdischen Miteigentümer Bruno Isr. Kern, Dr. Walter Isr. Kern, Marianne S. Kern und Lisbeth S. Schönwald die Verfallsfeststellungsbescheide vorliegen, während bezüglich Raoul Jar. Kern und Kurt Jar. Kern, deren Miteigentum deshalb keinem Verfall unterliegt, weil dieselben schon früher ung. Staatsbürger waren, nur die Zustimmung der Devisenstelle Wien durch den ObFinzPräs. Graz direkt einzuholen ist. Vom zuständigen Sachbearbeiter beim ObFinzPräs. Graz erhielt ich im Oktober v. J. die Mitteilung, dass die vorangeführte Genehmigung des Herrn Reichsministers d. Finanzen O 5300 8 33 VI bei ihm erliegt, ebenso auch der Verfallsfeststellungsbescheid bezüglich Lisbeth S. Schönwald geb. Kern.

Die weiterhin vom ObfinzPräs. Graz eingeleiteten Erhebungen ergaben Folgendes:

Die Gestapo Wien hat mit Schreiben vom 20.4. 1943 B Nr. 1887/40-IV B/4a das Reichssicherheitshauptamt Berlin verständigt, dass sie über das Vermögen der Juden Walter Jar. Kern, Bruno Isr. Kern, Marianne S. Kern und Lisbeth S. Schönwald geb. Kern den Antrag auf Vermögensverfall gestellt hat.

Bezüglich Walter Isr. Kern und Bruno Isr. Kern ist dieser Antrag gegenstandslos geworden, weil laut Mitteilung des Vermögensamtes beim deutschen Staatsministerium für Böhmen und Mähren in Prag an den ObFinzPräs. Graz vom 25.11. 1943 diese beiden Juden ihr Vermögen durch Privatvertrag an das Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Prag abgetreten haben und die Einweisung dieser Vermögenswerte an den Auswanderungsfond für Böhmen und Mähren erfolgt ist.

Der ObFinzPräs. Graz hat infolgedessen bezügl. der Liegenschaftsanteile dieser beiden Juden bereits die Ermächtigung zur Verwertung

**STAATSARCHIV NÜRNBERG**

Bestand: *Rep. 502 I NI-4217*

Nr. *Bl. 24*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *128/68*



erhalten. Da ausserdem, wie oben angeführt der Verfallfeststellungsbescheid bezüglich des Vermögens der Lisbeth S. Schönwald bereits vorliegt, handelt es sich nur noch um die Jüdin Marianne S. Korn. Bezüglich dieser teilt das vorgenannte Vermögensamt im Schreiben vom 25. November mit, dass dieselbe sich angeblich von Wien nach Prag abgemeldet hat, in Prag aber nicht polizeilich gemeldet sei und zur Herbeiführung eines Vermögensverfalls daher die Gestapo Wien zuständig sei. Da hiezu ein Antrag der Gestapo Wien bei Ihnen bereits seit her im Schreiben vom 20.4. 1943 vorliegt, ersuche ich namens meines Klienten dringendst den Verfallfeststellungsbescheid bezüglich des Vermögens der Marianne S. Korn so rasch als möglich dem ObfinzPräs. Graz zugehen zu lassen, damit endlich die Uebertragung des Eigentums an den eingangs bezeichneten Liegenschaften erfolgen kann.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhange auf Folgendes hinzuweisen:

GenDir. i.R. Dipl. Ing. Dr. Anton Apold wurde als illegaler Angehöriger der NSDAP und SA von der Systemregierung Schuschnigg aus seiner Stellung als Generaldirektor der Alpine-Montangesellschaft (jetzt Hermann Göringwerke) entfernt mit einer Strafe von 3 75.000.- belegt und gezwungen sich aus seiner Tätigkeit als Wirtschaftsführer auf seinen Besitz in Mondsee ins Privatleben zurückzuziehen. Diesen zu einem Mustergut ausgestalteten Hof verkaufte er dem Herrn Reichsminister Rosenberg, weil ihm als Ersatz dafür im November 1940 der Erwerb der Judenvilla Kern in Velden zugesichert worden war. Ohne diese Zusicherung hätte er sich selbstverständlich zum Verkauf des Mondseer-Gutes nicht entschlossen.

Er hat schon ausser dem Kaufpreis von RM 100.000.-, eine Entjungungsaufgabe von RM 20.000.- bezahlt und ca RM 70.000.- an Instandsetzungen und Reparaturen für das Objekt ausgegeben, welche Aufwendungen zum grossen Teile dadurch notwendig wurden, weil an der Villa anlässlich des Entrüstungsturmes der SA nach dem Attentat auf den Botschafterat Rath schwere Schäden entstanden sind. Es ist be-

STAATSARCHIV NÜRNBERG

Bestand: *Rep. 502 I NI-4217*

Nr. *B2. 8 25*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *128/68*



greiflich, dass er nun schon dringend die über mehr als 3 Jahre unerledigte Ordnung des Grundbuchstandes und Eintragung seines Namens als Eigentümer herbeiwünscht, umso mehr, als die prinzipielle Genehmigung des Herrn Reichsministers d. Finanzen, wie oben angeführt, bereits längst vorliegt. Die noch ausstehende Verfallserklärung hat deshalb nur rein formellen Charakter. Weil, wie schon oben erwähnt, über den Kaufpreis bereits am 21.2. 1942 durch Bescheid des Reichsstatthalters in Kärnten in der Weise verfügt wurde, dass der Erlös im Wege der Kärntner Hypothekenanstalt in Klagenfurt an die zuständigen Finanzämter überwiesen wurde. Die nach § 8 der 11. VO. zum RBG. als Folge des Verfalls vorzunehmende Verwertung ist daher im Februar 1942 bereits endgültig erfolgt.

Ich ersuche daher namens meines Klienten nochmals den Fall als dringend zu behandeln und zeichne mit

Heil Hitler !

Dr. Priebisch e.h.

**STAATSARCHIV NÜRNBERG**

Bestand: *Rep. 502 I NI-4217*

Nr. *Bl. 26*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *128/68*



Rechtsanwälte  
**Dr. August Lindtner**  
**Dr. Bruno Priebisch**  
Graz, Stumpfergasse 9.2.G.  
Telefon 64-24  
Geschäftsbesorgung Wien Nr. 20.15

Blattgeber  
Nr. 20.15



An das

Sekretariat des Herrn Direktor  
Dr. Karl R a s c h e ,

am 29. Juni 1944.

Graz

B e r l i n .

Dresdener Bank.

Betrifft: Liegenschaftsankauf Dr. Ing  
A p o l d, Velden a. Würthersee.

*Folgende Rücksprache*  
Zu Folge Rücksprache mit Herrn Direktor Dr. Karl R a s c h e  
am 8. ds. in Wien erlaube ich mir mich in folgender Angelegenheit an  
Sie zu wenden mit dem Ersuchen um Intervention beim Reichssicher-  
heitshauptamt Berlin zur Wahrung der Interessen des Herrn Dr. Ing.  
Anton A p o l d , Vorsitzes des Aufsichtsrates der Länderbank, Wien.

Der Sachverhalt ist aus der beiliegenden Abschrift meines  
Schreibens an das genannte Amt vom 18.2. 1944 zu entnehmen. Es han-  
delt sich nunmehr lediglich noch um den Verfallsfeststellungsbe-  
scheid bezüglich des Liegenschaftsanteiles der Jüdin Marianne S.  
K e r n , wozu die notwendigen Unterlagen dem genannten Amt durch  
das in der Beilage zitierte Schreiben der Gestapo Wien vorliegen müs-  
sen. Auf dieses Schreiben vom 18.2. 1944 habe ich bis heute keine  
Antwort erhalten und bitte daher, wenn möglich, durch eine Rückspra-  
che die Erledigung zu betreiben.

Heil Hitler !

1 Beilage.

End

STAATSARCHIV NÜRNBERG

Bestand: *Rep. 502 I NI- 4217*

Nr. *B1.27*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *128/68*



den 16. Oktober 1942

NID-14817

Dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei,

Nieuwe Marklaan 76,

Den Haag

Referat 4 B 4.

Der Schweizerische Bankverein, Basel, hat uns telegrafisch davon in Kenntnis gesetzt, dass bei ihm zum Zwecke der Auswanderung der Familie des Rechtsanwalts Henri Kaufmann, Den Haag, De Ruyterstraat 72, ein Betrag von 100.000.-- schwedischen Kronen

hinterlegt wurde und dass die Bank bereit sei, diesen Betrag in effektiver schweizer Währung an die Dresdner Bank, Berlin, zur Auszahlung zu bringen, sobald genannte Familie die schwedische Grenze überschritten hat.

Auf Grund dieser Bestätigung beantragen wir hiermit, **Süssdie Juden**

- 1) Mr. Henri Gottfried Kaufmann, Rechtsanwalt, wohnhaft Den Haag, De Ruyterstraat 72, geb. 27.3.1897 in Amsterdam, Staatsangehörigkeit: holländische,
- 2) Amelia Sara Kaufmann geb. Spier geb. 29.3.1901 in Amsterdam, und deren Töchter:
  - a) Belle Kaufmann geb. 7.10.23, Den Haag,
  - b) Bernardina Josefa Kaufmann geb. 17.11.26, Den Haag,
  - c) Hannah Ida Kaufmann geb. 15.1.29, Den Haag,

die Genehmigung zur bevorzugten Auswanderung erteilen zu wollen.

Der genannten Familie wurde obiger Betrag durch die Schwester der Ehefrau zur Verfügung gestellt. Ein Einreisevisum für alle 5 Personen ist von schwedischer Seite zugesagt worden.

Bis zur Entscheidung über vorstehenden Antrag bitten wir, die genannten Personen von dem Abtransport zum Arbeits-einsatz zu sperren.

No/EK

Heil Hitler!  
HANDELS TRUST WEST N.V.

**STAATSARCHIV NÜRNBERG**

Bestand: *Rep. 502 I NI-14817*

Nr. *B2.22*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *428/68*



NID-14818

den 28. Oktober 1942

Herrn Mr. D.J.I. van den O e v e r,  
Plaats 13,  
D e n H a a g.

In der Auswanderungsangelegenheit:  
Mr. Heiman Sanders und Familie, Den Haag,  
Bachmanstraat 3,

bestätigen wir den Empfang Ihres Schreibens vom 27. d. M.  
Wie auch in dem bisher mit Ihnen behandelten Auswanderungs-  
Fall sind wir erst dann in der Lage einen Antrag auf bevor-  
zugte Ausreise zu stellen, wenn die Bankbestätigung über den  
vollen zur Verfügung zu stellenden Betrag vorliegt.

Wir machen Sie hierbei darauf aufmerksam, dass  
der von Ihnen genannte Betrag von Schweizer Frs. 100.000.-  
für die Ausreise der ganzen Familie mit Sicherheit bei weitem  
nicht ausreichend sein wird.

Wir haben Ihnen hierüber bereits früher unsere  
Ansichte mitgeteilt.

Hochachtungsvoll  
HANDELSSTRAAT WEST N. V.

Ho/LK

STAATSARCHIV NÜRNBERG

Bestand: *Rep. 502 I NI - 14818*

Nr. *B2.23*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *138/68*



NID-14819  
den 28. Oktober 1942

Dresdner Bank,

Sekretariat Herrn Dr. Rasche,

z.H. von Herrn Stiller,

B e r l i n W.8.

Sehr geehrter Herr Stiller!

Unter Bezugnahme auf Ihre Unterhaltung mit Herrn Bardroff überreichen wir Ihnen Durchschlag unseres an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Den Haag, gerichteten Antrags auf Ausreise der Familie Rechtsanwalt H.G. Kaufmann, Den Haag, De Huyterstraat 72, gegen Kurverfügungstellung von schwedischen Kronen 100.000.-- in der Schweiz, deren Gegenwert in effektiver schweizer Währung durch den Schweizerischen Bank-Verein, Basel, laut uns vorliegender Bestätigung an die Dresdner Bank, Berlin, auszusahlen ist.

Dieser Antrag wird seitens des Referats IV B 4 des Befehlshabers der Sicherheitspolizei, Den Haag, bei dem Reichs-Sicherungshauptamt, Berlin, zur Genehmigung vorgetragen.

Wir wären Ihnen verbunden, wenn Sie versuchen würden, die Angelegenheit von dort aus in Behandlung zu nehmen.

Heil Hitler!

HANDELSSTRAßE 11. V.

He/ak

Anlage.

STAATSARCHIV NÜRNBERG

Bestand: *Rep. 502 I NI - 14819*

Nr. *B2, 24*

Urheberrecht vorbehalten!

Reproduktion nur mit Genehmigung

Auftrags-Nr. *128/68*







Befirknequinn, der Pfalt

~~45526~~

B258

Neustadt / Weinstraße  
Mied. Ebnr. 14

B258

# Akten

der

Geheimen Staatspolizei

Staatspolizeistelle Neustadt a. d. Weinstraße

über

Dreizuss

(Familienname)

Kurt

(Vorname)

18. 2. 1898

(Geburtsdatum)

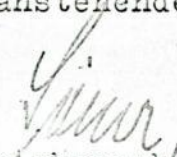
Pirmasens

(Geburtsort)

V e r m e r k :

Der Jude Kurt Israel D r e i f u s s , geboren am 18.2.98 zu Pirmasens, z.Zt. im Zuchthaus Zweibrücken, verbüßt eine Zuchthausstrafe von vier Jahren zusätzlich 160 Tage Zuchthaus als Ersatz für eine nicht beizutreibende Geldstrafe in Höhe von 80 000.-- RM. Dreifuss würde nach den geltenden Bestimmungen zur Evakuierung anstehen. Da nicht damit zu rechnen ist, daß für den hiesigen Bereich nochmals eine Evakuierung von Juden nach dem Osten durchgeführt wird, bestand ein Interesse daran, Dreifuss bei dem nächsten Transport nach dem Osten abzuschieben. Ich habe mich dieserhalb mit der Generalstaatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt M ü l l e r in Zweibrücken, in Verbindung gesetzt. Oberstaatsanwalt Müller erklärte, aus eigener Befugnis über die Unterbrechung des Strafvollzuges nicht entscheiden zu können. Er versprach, beim Reichsminister der Justiz eine Entscheidung herbeizuführen. Heute teilte mir Oberstaatsanwalt Müller mit, der Reichsminister der Justiz habe der Aussetzung des Strafvollzugs zum Zwecke der Abschiebung des Juden Dreifuss stattgegeben. Dreifuss steht somit der hiesigen Dienststelle zwecks Abschiebung nach dem Osten zur Verfügung. Oberstaatsanwalt Müller wird die zuständige Strafvollstreckungsbehörde, Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern, entsprechend in Kenntnis setzen.

Der Jude Dreifuss wird von hier am 22. ds. Mts. in der Strafanstalt Zweibrücken abgeholt. Anschließend wird ihm Gelegenheit gegeben, sein Evakuierungsgepäck in seiner letzten Wohnung in Pirmasens fertig zu machen. Anschließend wird er in das hiesige Gefängnis eingeliefert, von wo er am 23. ds. Mts. gemeinsam mit den übrigen zur Evakuierung anstehenden Juden in Neustadt a.d.W. konzentriert wird.

  
Kriminalobersekretär.



**Geheime Staatspolizei**

Staatspolizeistelle Saarbrücken

Außendienststelle

Neustadt a. d. Weinstraße

B.Nr. 800/42 - II B -

Neustadt a. d. Weinstr., den 28. Mai 1942.

Vfg.

1.) Schreiben:

An die

Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A.G.  
(Zweigniederlassung)

in Karlsruhe,

Postfach 207.

Gefertigt:	29.
Geprüft:	5.42 M
Abgesandt:	30. MAI 1942

Betrifft: Verfall jüd. Vermögens hier; Jude Kurt Dreifuß,  
früher in Pirmasens wohnhaft gewesen.

Vorgang: Schreiben vom 11.5.1942 - 317637 Basel - J/Sch.

Der Jude Kurt <sup>D</sup>r e i f u ß, geb. 11.2.98 in  
Pirmasens, wurde am 26.4.42 nach Polen evakuiert.

Die evtl. noch vorhandenen inländischen <sup>V</sup>ermögens  
werte werden vom Oberfinanzpräsident der Westmark in Saar-  
brücken verwaltet und verwertet.

Die Voraussetzungen des Vermögensverfalls gem.  
der 11.VO. z. RBGes. v. 25.11.42 liegen vor.

2.) Reg.

3.) ZdPA.

2.A.  
Kugler

483/622



622

NSDAP

Gewerkschaftsberater

Zeitungsausschnitte betr.

Findenlage

1933-39

Hessisches Hauptstaatsarchiv  
62 Wiesbaden  
Mainzer Straße 80

Hessisches Hauptstaatsarchiv  
62 Wiesbaden  
Mainzer Straße 80

Staatsarchiv  
Wiesbaden  
Nr. 483  
622

III A

54



# Die Maßnahmen gegen das Judentum.

Abschluß der Einzelaktionen. — Eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

„Berlin, 13. Novbr. Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels brachte am heutigen Eintopfsonntag den 70 000 freiwilligen Helfern und Helferinnen, die seit Jahr und Tag neben ihrer eigenen Berufsarbeit für das Winterhilfswerk in Berlin tätig sind, seinen Dank und seine Anerkennung für ihren selbstlosen und opferfreudigen Einsatz dadurch zum Ausdruck, daß er im Kreise von fünfhundert Helfern und Helferinnen in den festlich geschmückten Germania-Festsälen im Norden der Reichshauptstadt das Eintopfesfest einnahm. Er hielt dabei eine Rede, über die das „Deutsche Nachrichtenbüro“ folgendes berichtet:

„Dr. Goebbels leitete die Stunde der Gemeinschaft mit einer Ansprache ein, in der er nach Abstattung seines Dankes und seiner Anerkennung für die Helfer des Winterhilfswerkes auch auf den Pariser Mordanschlag an den Juden Grünspan und die entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen der Reichsregierung zu sprechen kam, die zusammen mit der vom Minister in Form einer neuerlichen scharfen Abrechnung gegebenen Begründung durch immer wieder aufbrechende, stürmische Zustimmungsfundgebungen als eine Willenskundgebung der Nation als solcher eindeutig unterfriesen wurden.

Dr. Goebbels, auf dessen persönliche Anregung die Einführung der Eintopfsonntage zurückzuführen ist, wies zunächst darauf hin, daß diese Solidaritätsbekundung des deutschen Volkes von Jahr zu Jahr volkstümlicher geworden sei und sich zu einem charakteristischen Kennzeichen des vom Volke und vor allem vom deutschen Arbeiter selbst getragenen Sozialismus der Tat entwickelt habe. Wie einst schon mit heiligem Ernst gerade hier in Berlin um die Seele des deutschen Arbeiters gerungen worden sei, so sei auch heute der Staat Adolf Hitlers zutiefst von dem Bunsche besetzt, vom Vertrauen und von der Liebe der breiten Schichten des Volkes getragen zu werden. Eine Regierung, hinter der nicht als die eigentliche Kraft der Nation, die Arbeiter und die Bauern, stünden, werde zu großen inner- und außenpolitischen Handlungen völlig unfähig sein. Sie könne sich nicht lediglich auf eine dünne und meist recht mangelumtute Oberschicht von Intellektuellen stützen. Wenn Geschichte gemacht werde, dann müsse

## das Volk in seiner Gesamtheit

die Nerven behalten. Von nichts komme auch in der Politik nichts. Und es sei meist ein großes Risiko nötig, um einen großen Erfolg zu erzielen. Gestützt auf die deutsche Nation, die einmütig und geschlossen hinter ihm gestanden habe, habe der Führer in den vergangenen fünf Jahren auch die Risiken nicht gescheut, und es sei dabei aus einem ohnmächtigen, getretenen und verachtet am Boden liegenden Deutschland eine Weltmacht geworden, die zugleich auch die stärkste Militärmacht der Erde sei.

Es sei sehr kurzschichtig, die Behauptung aufzustellen, daß es in einem Staatsweien, in dem ein Mann befehle und das Volk ihm folge, sehr leicht zu regieren sei. Wenn eine Regierung so wie die nationalsozialistische an ihrem Volk hänge, wenn sie mit dem Herzen bei seinem Schicksal sei, ja, wenn sie ihr eigenes Schicksal mit dem des Volkes identifiziere, so bedeute es im Gegenteil ein Unnachs von Verantwortung, gewagte Entschlüsse zu fassen, von deren Ausgang Führung und Volk zugleich in ihrem Bestande abhängig seien.

Der Minister nahm auch hier wieder Gelegenheit, dem deutschen Volke und in Sonderheit der großen Masse seiner Werktätigen des Führers Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich bei den weitpolitischen Ereignissen dieses Jahres so treu, so tapfer, so verständig und so einsichtsvoll hinter seine Führung gestellt hätten. Der Lohn dafür sei nicht ausgeblieben. Mit tiefer Befriedigung, so stellte der Minister unter stürmischem Beifall fest, stünden wir dank dieser Einmütigkeit der Nation heute vor der Tatsache, daß nicht ein einziger dieser großen und schweren Entschlüsse des Führers zu einem Fehlschlag geführt habe, daß sie im Gegenteil alle

## von nie gekannten Erfolgen gekrönt

worden seien. Ein großartiger Beweis für dieses grenzenlose Vertrauen des Volkes zu seiner Führung sei die in der ganzen Welt ohne Beispiel dastehende soziale Aktion des Winterhilfswerkes. Was könne die Welt ihm gegenüberstellen?

Das ruchlose Attentat von Paris habe unser Volk erneut nicht zu der an sich wohlverdienten Ruhe kommen lassen. Dr. Goebbels erinnerte, von stürmischem Entrüstungsfundgebungen begleitet, an den Hergang und die ersten Auswirkungen dieses teigen Mordanschlages, mit dem ein gebungener Judenjunge nicht einen einzelnen Mann, sondern, nach seinen eigenen Erklärungen, das deutsche Volk habe treffen wollen. Aber bei diesem zweiten Anschlag sei die Geduld des Volkes und der Regierung zu Ende gewesen. Immer wieder von stürmischem Zustimmung unterbrochen, zerriß Dr. Goebbels das Lugengewebe, mit dem die internationale Judenpresse das Verbrechen des Juden Grünspan zu bemänteln und zu beschönigen versuchte. Er legte den eigentlichen Plan dar, den das Judentum mit dieser Tat verfolgte. „Man wollte“, so erklärte Dr. Goebbels unter stürmischem Zustimmung, „einen deutschen Diplomaten niederschlagen, um damit eine Trübung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den europäischen Großmächten herbeizuführen und so die sich aufhebende internationale Atmosphäre aufs neue zu fären. Der Schuß ist allerdings nach hinten losgegangen. Das deutsche Volk wurde hellhörig und reagiert dementsprechend.“

Mit Nachdruck wendte sich der Minister in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung der internationalen Judenpresse, daß die Aktionen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen von der Regierung provoziert oder organisiert worden seien. „Das

deutsche Volk war“ — und stürmischer Beifall unterbrach diese Feststellung — „von einer nie dagewesenen Empörung erfüllt, es hat sich übrigens nicht gegen die Personen, sondern nur gegen die Taten gewandt.“

Dr. Goebbels schilderte dann die am Samstag beschlossenen einschneidenden Verordnungen und Maßnahmen der nationalsozialistischen Staatsführung, wobei er unter stürmischem Beifall feststellte, daß ihr Erfolg besonders dem außerordentlich schnellen und radikalen Durchgreifen des Generalfeldmarschalls Göring zu verdanken sei. Er habe nicht gezögert und das Problem mutig beim Schopfe gefaßt. Diese Verordnungen sind, wie Dr. Goebbels betonte, erlassen worden, weil nach nationalsozialistischer Staatsauffassung das Handeln der Regierung sich stets in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes befinden muß. Der immer wieder aufbrechende stürmische Beifall zeigte, wie sehr die vom Minister im einzelnen erläuterten Maßnahmen dem einmütigen Willen des deutschen Volkes entsprechen. „Der Jude Grünspan hat erklärt, er habe das deutsche Volk treffen wollen. Dieses Volk hat jetzt durch seine Regierung

## eine entsprechende Antwort erteilt.

Es hat sich als Volk zur Wehr gesetzt gegen die Rasse, die durch den Juden Grünspan auf einen deutschen diplomatischen Vertreter geschossen hat.“ (Lebhafte Zustimmungsfundgebungen.)

In überzeugender Weise führte Dr. Goebbels seinen Zuhörern vor Augen, wie lächerlich die Behauptungen einer gewissen abemollenden Auslandspresse sind, die die deutschen Juden den Künsten für das in Paris begangene Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden. Er stellte demgegenüber unter stürmischem Zustimmung fest, daß gerade die deutschen Juden die eigentlich Schuldigen sind. Sie arbeiten in aller Welt gegen Deutschland und müssen nun auch die Folgen ihrer vielfachen Verbrechen tragen. Dr. Goebbels verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß es in Wirklichkeit den Juden in Deutschland bisher wirtschaftlich viel zu gut gegangen sei. Man habe sie allzu lange gesiecht aus deutscher Großzügigkeit und Gütmütigkeit. Nun aber sei Schluss damit.

Mit besonders stürmischem Beifall dankten die Anwesenden dem Minister für die Mitteilung, daß im Rahmen der jetzt ergriffenen Maßnahmen jüdische Geschäfte aus dem deutschen Wirtschaftsleben überhaupt zum Verschwinden gebracht und in arischen Besitz übergeführt wurden. Mit dem gleichen Jubel wurde die weitere Mitteilung über die von Dr. Goebbels erlassene Verordnung aufgenommen, wonach es Juden verboten ist, deutsche Theater, Kinos oder Varietés zu besuchen. „Es ist eine Entwürdigung unseres deutschen Kunstlebens, daß einem Deutschen zugemutet werden soll, in einem Theater oder Kino neben einem Juden zu sitzen.“ (Langanhaltender Beifall.)

An die Schilderung dieser gezielten Maßnahmen knüpfte der Minister eine ernste Mahnung an die Bevölkerung. „Durch alle diese Gesetze und Verordnungen“, so erklärte er, „wird das Geschäftsleben des Judentums in deutsche Hände übergeführt. Es gibt also heute keine Möglichkeit mehr,“ so betonte Dr. Goebbels mit Nachdruck, „durch Aktionen gegen Geschäfte oder Unternehmungen den Juden überhaupt zu treffen, da sein Besitz in kürzester Frist in deutsche Hände gelangt. Wer sich mithin künftig gegen solche Geschäfte oder Betriebe wendet, schädigt nur das deutsche Volkvermögen. Es darf also in Zukunft solche Aktionen nicht mehr geben. Wer sie unternehmen wollte, verlegt sich jetzt nur noch am deutschen Volkvermögen und hat die entsprechende Strafe zu gewärtigen. Die Regierung steht auf der Wacht,“ stellte der Minister unter immer neuen Zustimmungsfundgebungen fest, „sie wird

## keine Provokation des internationalen Judentums unbeantwortet lassen.

Ich habe vorgestern den Vertretern der Auslandspresse in Berlin in aller Deutlichkeit vor Augen gehalten, daß jede Aktion des internationalen Judentums in der Welt nur den Juden in Deutschland Schaden zufügt. Ich bin der festen Überzeugung, daß sich die deutsche Regierung damit in vollkommener und reiflicher Übereinstimmung mit dem deutschen Volke befindet. Die Judenfrage wird in kürzester Frist einer das deutsche Volksempfinden bestrebenden Lösung zugeführt. Das Volk will es so, und wir vollstrecken nur seinen Willen.“ Daß ein Teil der Auslandspresse noch Haß ausstreue, berühre uns nicht. Deutschland sei gesiegt und gesichert, und niemand habe ihm dazuzurechnen, wenn es sich gegen lästige Parasiten zur Wehr setze.

Dr. Goebbels schloß mit einem herzlichen Dank an die vielen selbstlosen ehrenamtlichen Helfer des Winterhilfswerkes. Er empfand tiefe Freude darüber, so viele Menschen als Mitarbeiter zur Verfügung zu haben. Daß in Berlin und im Reich Hunderttausende freiwillig daran mitarbeiteten, sei ein wunderbares Zeichen für die Berliner Bevölkerung, wie für das ganze deutsche Volk. „Als der Führer die Führung des deutschen Volkes übernahm, befand es sich in einem erbarmenswerten, heute kaum noch vorstellbaren Zustand. Er hat in diesen fünf Jahren gewaltige Erfolge zu verzeichnen gehabt. Er hat große Gebiete und zehn Millionen Deutsche dem Reich wieder zugeführt, eine Armee errichtet, Autobahnen gebaut, ein Winterhilfswerk durchgeführt. Alles das aber wiegt nur wenig gegenüber der Tatsache, daß er ein anderes Volk erzogen hat, daß das von Neid und Haß zerrissene Volk von 1933 mit dem von 1938 gar nicht mehr zu vergleichen ist. Das deutsche Volk von heute ist eine wirklich große, kameradschaftliche Gemeinschaft! Im Geiste dieser Gemeinschaft wollen wir die schöne Stunde gemeinsam erleben.“



483/638

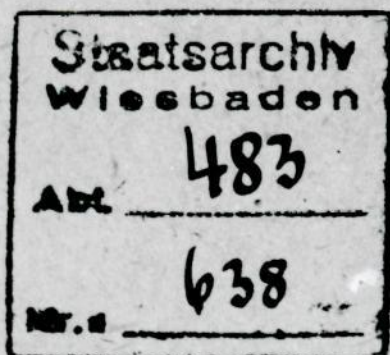
Pol. 1000 Ffr

Staatspolizeistelle

Polizeiverfügungen betr.

Dienst der Gestapo

1941-44



II. A



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
- II B 2/15743/41 -

Frankfurt/M., den 18. Nov. 1941.

Betrifft: Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden.  
Bezug: Ohne.

-----

Wie hier in der letzten Zeit wiederholt bekannt geworden ist, unterhalten deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden und zeigen sich mit diesen in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit. Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüberzustehen scheinen und ihr Verhalten als Missachtung der staatlichen Massnahmen anzusehen ist, ordne ich gemäss Erlass des RSHA. - vom 24.10.41 - IV B 4 b - 1027/41 - an, dass bei derartigen Vorkommnissen der deutschblütige Teil aus erzieherischen Gründen vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen bzw. in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein Konzentrationslager, Stufe I, einzuweisen ist. Der jüdische Teil ist in jedem Falle bis auf weiteres unter Einweisung in ein Konzentrationslager in Schutzhaft zu nehmen.

gez. P o c h e .

Beglaubigt:

An  
den Herrn Regierungspräsidenten  
- nachrichtlich -  
den Herrn Pol.Präs. Wiesbaden,  
den Herrn Pol.Präs. Frankfurt/M.,  
die Herren Landräte des Bezirks,  
die Dienststellen im Hause.



Kanzleiangeestellte.

483/

886a

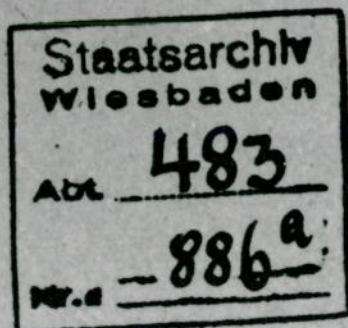


886a

Pol. Hist. Ffm.

Kennzeichnung der Juden  
ihre Beförderung

1941-1942



S c h n e l l b r i e f !

Vertraulich! Sofort! Fristsache!

Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

Sammelanschrift - je gesondert -

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die  
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,  
in Wien,
- 3) die  
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,  
in Prag,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen  
- außer Preußen -
- 5) die preußischen Regierungspräsidenten (einschließ-  
lich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der  
Polizeipräsident),
- 6) den  
Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den  
Beauftragten für den Vierjahresplan,  
z. Hd. von Herrn Ministerialrat v. N o r m a n n,  
B e r l i n ,
- 2) die Abteilung I  
des Reichsministers des Innern,  
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r,  
B e r l i n ,



- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,  
z. Hd. von Herrn Ministerialrat R e i s e r,  
B e r l i n ,
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,  
z. Hd. von Herrn Ministerialrat S c h w a r t z ,  
B e r l i n ,
- 5) das Auswärtige Amt,  
z. Hd. von Herrn Legationsrat R a d e m a c h e r ,  
B e r l i n ,
- 6) den Herrn Reichspostminister,  
z. Hd. von Herrn Ministerialrat M ö l l e r ,  
B e r l i n ,
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,  
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. C o e l l n ,  
B e r l i n ,
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,  
B e r l i n ,
- 9) den Herrn Reichsminister  
für Volksaufklärung und Propaganda,  
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. T a u b e r t ,  
B e r l i n ,
- 10) die Partei-Kanzlei,  
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. R e i s c h a u e r ,  
M ü n c h e n 33  
Führerbau,
- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,  
z. Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. M a u r e r ,  
P r a g XIX.,  
Unter den Kastanien 19,
- 12) den Chef der Ordnungspolizei,  
z. Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. B a d e r ,  
B e r l i n ,

- 13) die Chefs der Zivilverwaltung  
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,
- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,  
M ü n c h e n ,
- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,
- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,  
B e r l i n ,
- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die Höheren ~~W~~ und Polizeiführer  
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten  
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -  
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3  
12 Exemplare)
- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD  
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die Grenzinspektoren I bis III,
- 23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD  
in der Untersteiermark,  
in M a r b u r g ,
- 24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD  
in Südkärnten und Krain,  
in V e l d e s ,
- 25) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 27) alle Kriminalpolizei- (Leit-) stellen.



Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Anlagen: je 2 (Muster A, B).

In Durchführung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547) gebe ich - soweit hierbei die Benutzung von Verkehrsmitteln geregelt wird, im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und Reichsminister der Luftfahrt - folgende Richtlinien bekannt:

1. Kennzeichnung der Juden:

a) Tragweise und Verteilung:

Die Kennzeichen sind von den Juden auf der linken Brustseite etwa in Herzhöhe jederzeit sichtbar und festgenäht in der Öffentlichkeit zu tragen. Unter den Begriff der Öffentlichkeit fallen nicht nur jedermann zugängliche, sondern auch private Luftschutzräume, worauf Bedacht zu nehmen ist, da sich bisher gerade in diesen Räumen sehr viele Schwierigkeiten zufolge Nichtkennzeichnung der Juden ergeben haben.

Die Juden sind anzuhalten, ihre Kennzeichen stets sorgsam und pfleglich zu behandeln sowie in sauberem Zustand zu tragen.

Die Verteilung der Kennzeichen an die Juden erfolgt über die Zentralstellen für jüdische Auswanderung Berlin, Wien und Prag unter Einschaltung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusgemeinden Wien und Prag.

b) Verstöße:

Vorsätzliche Verstöße gegen die Verordnung oder

die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen wie diese sind grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden. Bei Verstößen von Juden, die infolge ihrer Jugendlichkeit noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, macht sich der jüdische Erziehungsberechtigte nach § 4 der Verordnung zur Ergänzung des Jugendstrafrechtes vom 4.10.1940 (RGBl. I, S. 1336) in ihrem Gültigkeitsbereich strafbar.

Wie es von seiten der Parteikanzlei in dem Bereich der NSDAP geschehen wird, ist auch von den dortigen Dienststellen auf dem staatlichen Sektor alles zu tun, um eigenmächtige und ungesetzliche Ausschreitungen gegen die nunmehr gekennzeichneten Juden zu verhindern. Gegen Verstöße dieser Art ist unnachsichtlich einzuschreiten.

II. Beschränkung bezüglich Verlassen der Wohngemeinden und Benutzen der Verkehrsmittel (§ 2 der Verordnung).

Zuständigkeit:

In eigenen Angelegenheiten können die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei mittels einer Bescheinigung das Verlassen der Wohngemeinde usw. erlauben. Hierunter fallen auch Erlaubniserteilungen für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden) aus dienstlichen Gründen die Wohngemeinde verlassen müssen. Im Bereiche der Reichshauptstadt Berlin ist für die Genehmigung derartiger Dienstreisen der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin) zuständig.

An Stelle der Ortspolizeibehörden nimmt nach § 2 der Verordnung für das Gebiet des Reichsgaues Wien die



Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien die Aufgabe in Beziehung auf die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln wahr.

In allen anderen Fällen ist für die Ausstellung der schriftlichen Erlaubnis örtlich zuständig die Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk der Gesuchsteller seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung erteilt die Erlaubnis die staatliche Polizeibehörde.

a.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde:

Erlaubnisbescheinigungen dürfen nur an Juden ausgestellt werden, die eines der nachstehend bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, u.zw.:

Deutsche Staatsangehörige einen Reisepaß, einen Kinder ausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis,

Bewohner des Bezirkes Bialystok einen Paß oder einen amtlichen Lichtbildausweis

Nichtreichsangehörige Personen einen Paß oder einen nach den allgemeinen deutschen Paßvorschriften gültige Paßersatz.

Erlaubniserteilungen kommen nur beim Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit des Verlassens der Wohngemeinde in Betracht, worunter u.a. regelmäßig fallen werden:

Arbeitseinsatz, der durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes nachgewiesen ist, Behördliche Vorladungen oder Maßnahmen, die ein Verlassen der Wohngemeinde notwendig machen, was gleichfalls von



seiten der Juden durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung bei der ausstellenden Behörde oder Dienststelle unter Beweis zu stellen ist,

notwendige Dienstreisen von Angehörigen der amtlich anerkannten jüdischen Organisationen,

wirtschaftliche Gründe, soweit eine Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer oder einer sonstigen amtlichen Dienststelle vorgelegt wird,

sonstige persönliche oder familiäre Gründe, wie eigene schwere Krankheit oder eines nahen Verwandten bzw. dessen Tod, worüber in jedem einzelnen Falle eine amtliche Bescheinigung (z.B. des Amtsarztes) beizubringen ist.

b.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde:

Die ausstellende Dienststelle hat in jedem Falle darüber zu entscheiden, welches oder welche Verkehrsmittel der Jude benutzen darf, und dies in der Erlaubnisbescheinigung zu vermerken. Hierbei ist die Auswahl so zu treffen, daß die verkehrstechnischen Belange weitgehendst berücksichtigt werden.

Dementsprechend kommt die Benutzung von Droschken und Mietwagen (§ 39 Absatz 1 bis 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3. 1935 - RGBI. I, S. 473), von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen sowie von Flugzeugen in der Regel überhaupt nicht und deswegen nur bei unabweisbarer Notwendigkeit in Betracht. So sind für die Inanspruchnahme von Droschken und Mietwagen (ausschliesslich der Mietomnibusse und -lastwagen) regelmässig nur Ärzte, Hebammen, Schwer-



körperbehinderte, insbesondere Kriegsbeschädigte (Beinamputierte, Gelähmte u.s.w.), Schwerkranke und Begleiter von erkrankten oder körperbehinderten deutschblütigen Familienangehörigen zuzulassen.

Beförderung von Juden mit Mietomnibussen und -lastwagen ist in der Regel nur beim geschlossenen Arbeitseinsatz von Juden u.dgl. zulässig, wobei ein Sammelantrag von Seiten des Arbeitgebers der Juden bei der ausstellenden Behörde zu stellen ist.

Die Benutzung von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen ist gleichfalls auf das aller-  
notwendigste Maß zu beschränken.

Ebenso ist der Luftverkehr den Juden grundsätzlich verschlossen. Lediglich in ganz besonders zwingenden Ausnahmefällen kann hiervon eine Ausnahme gemacht werden, wobei es selbst beim Vorliegen einer polizeilichen Zulassung des Juden zum Luftverkehr der Lufthansa entsprechend der bisherigen Regelung noch überlassen bleibt, den Juden aus verkehrstechnischen Gründen auszuschliessen. Soll diese Möglichkeit des Ausschlusses von Seiten der Lufthansa nicht gegeben sein, so ist diese hiervon rechtzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Von der Beförderung durch Ausflugswagen (§ 39 Absatz 2 aaO.) und Benutzung von Landkraftposten (§ 2 Absatz 5 aaO.) sind die gekennzeichneten Juden in vollem Umfange ausgeschlossen.

Falls überhaupt eine Zulassung zu Verkehrsmitteln notwendig ist, sind daher die Juden in der Regel auf die Benutzung der Eisenbahnen, Straßenbahnen (Abschnitt II, Ziffer 1 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6.12.1937 - RGBl. I, S. 1319) und auf die Beförderung im Linien-



verkehr (Abschnitt II, Ziffer 2 aaO.) sowie im Überlandverkehr (§ 39, Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3.1935 - RGBI. I, S. 473) zu beschränken. Die Genehmigungsbehörde, die Deutsche Reichspost und die Deutsche Reichsbahn können auf diese Beförderung von Juden auf bestimmte Tage, Stunden, Strecken oder in anderer Weise beschränken.

Erlaubnisbescheinigungen:

Die Bescheinigungen sind nach anliegendem Muster A gebührenfrei auszustellen. Im Falle der Sammelbeförderung von Juden ist eine Sammelbescheinigung in entsprechender Weise auszuhändigen. Die Beschaffung ist örtlich zu regeln, wobei es überlassen bleibt, ob die Herstellung je nach Bedarf im Vervielfältigungsverfahren oder durch Druck zu erfolgen hat.

Die Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln ist in der Regel nur für den einzelnen Fall unter genauer Festlegung der Zeitdauer und des örtlichen Bereiches zu erteilen. Sie kann in besonders gelagerten Fällen für einen längeren Zeitraum bis zu einer Geltungsdauer von höchstens drei Monaten und einen bestimmten Verkehrsbereich auch zum mehrmaligen Verlassen der Wohngemeinde oder zur wiederholten Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln erteilt werden, wenn die unabweisbare Notwendigkeit hierfür nachgewiesen wird. Die Verlängerung ist unzulässig; erforderlichenfalls ist eine neue Bescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung ist mit Orts- und Tagesangabe, dem Dienststempel und der Unterschrift des ausfertigenden Beamten zu versehen.



Die Bescheinigung ist bei Ungültigkeit infolge Fristablaufes oder nach Abschluss der Reise außerhalb der Wohngemeinde von dem Juden bei den ausstellenden Behörden abzugeben.

Über die ausgestellten Bescheinigungen sind von den ausstellenden Behörden besondere Listen zu führen.

Die von dem Antragsteller für den Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit zum Verlassen der Wohngemeinde usw. vorgelegten Bescheinigungen sind zu den Akten zu nehmen, es sei denn, daß eine Rückgabe an den Juden im Einzelfall unbedingt erforderlich ist, worüber ein kurzer Vermerk zu den Akten - möglichst unter Beifügung von Abschriften der vorgelegten Bescheinigungen - aufzunehmen ist.

Regelung für die Beförderung durch Verkehrsmittel und die Benutzung ihrer Einrichtungen.

Die unter die Bestimmungen der Verordnung fallenden Juden haben beim Antritt der Fahrt oder beim Lösen und bei der Prüfung der Fahrausweise die polizeiliche Erlaubnis zusammen mit einem amtlichen Lichtbildausweis unaufgefordert vorzuzeigen.

Der Verkehrsträger oder -unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit bei Antritt der Reise oder beim Lösen des Fahrausweises durch Aufschrift oder Stempelaufdruck auf die polizeiliche Erlaubnisbescheinigung die Inanspruchnahme des Verkehrsmittels kenntlich gemacht wird, damit eine mißbräuchliche Benutzung ausgeschlossen ist.

Juden dürfen Verkehrsmittel, von denen sie durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden ausgeschlossen werden, nicht benutzen; sie müssen in den Verkehrsmitteln bestimmte Plätze einnehmen, wenn ihnen solche angewiesen werden.



Juden dürfen unbeschadet weitergehender Einschränkungen Warteräume, Wirtschaften und sonstige Einrichtungen innerhalb der Verkehrsbetriebe nur insoweit benutzen, als sie das Verkehrsmittel selbst in Anspruch nehmen dürfen.

c.) Ortspolizeiliche Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde:

Allgemeines:

Um zu verhindern, daß Juden aus eigennützigen Beweggründen und mißbräuchlich innerhalb ihrer Wohngemeinden bestimmte Verkehrsmittel benutzen, die in erster Linie der deutschen Bevölkerung vorbehalten bleiben müssen, kommen auch hier im wesentlichen die obigen Einschränkungen und Richtlinien für das Verlassen der Wohngemeinde und die Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde in Betracht.

Zuständig für die Erteilung dieser Erlaubnis zur Benutzung von bestimmten Verkehrsmitteln sind hier stets die Ortspolizeibehörden.

Innerhalb der Wohngemeinde kommt für die ortspolizeiliche Erlaubnis lediglich die Benutzung von Droschken und Mietwagen (einschliesslich der dazugehörigen Mietomnibusse und -lastwagen) sowie von Fahrzeugen auf Binnenwasserstrassen in Frage. Hierbei ist selbstverständlich ein strenger Maßstab anzulegen.

Die Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde sind nach anliegendem Muster B gebührenfrei auszustellen.

I. M



### III. Staatsangehörigkeit:

Bis zu einer anderweitigen Regelung unterliegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit einstweilen nicht den Bestimmungen der Verordnung, mit Ausnahme der Juden, die in den Gebieten Eupen-Malmédy und Moeresnet die belgische Staatsangehörigkeit und in dem der Provinz Ostpreußen eingegliederten Bezirk Bialystok die sowjetrussische Staatsangehörigkeit besitzen.

### IV. Vorbehalt weiterer Regelungen:

Der Erlaß weiterer Anordnungen bleibt vorbehalten. Mit Rücksicht hierauf ist von weitergehenden Maßnahmen als den bisher getroffenen abzusehen.

Nähere Regelungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln werden durch den Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und den Reichsminister der Luftfahrt getroffen.

Für das Protektorat Böhmen und Mähren bleibt eine gesonderte Regelung durch den Reichsprotector in Böhmen und Mähren vorbehalten.

#### Zusatz:

- a.) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen - außer Preußen - ,
- b.) für die preußischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der Pol.Präs.)
- c.) für den Reichskommissar für die Westmark,

- je einzeln -

Ich ersuche um sofortige Bekanntgabe dieser Richtlinien an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.



d.) für den Reichsprotektor:

Für eine entsprechende Regelung im Protektorat Böhmen und Mähren bitte erhöhte Sorge zu tragen. Um Übersendung der dortigen Erlasse auf diesem Gebiete wird gebeten.

e.) für die Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes je einzeln:

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 1.9.1941 - Pol. S II A 2 Nr.399/41 - 151 - bitte ich für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen. Um Übersendung von Abschriften hiervon wird gebeten.

f.) für die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Straßburg und Metz,

für die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD in Marburg und Veldes sowie

für das Einsatzkommando in Luxemburg je einzeln:

Dieser Erlaß gilt nicht für den dortigen Bereich. Wie ich bereits mitteilte, wurde der dortige Chef der Zivilverwaltung von hier aus ersucht, eine entsprechende Kennzeichnungsverordnung zu erlassen.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.



Beglaubigt:  
*H. K. S.*  
Stanzleiangeordnete.



Muster A.

.....  
Dienststelle

....., den .....  
Ort

B.Nr.....

Polizeiliche Erlaubnis.

Dem Juden - Der Jüdin .....  
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....  
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am ..... in .....

wohnhaft in .....  
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hier-  
(Staatsangehörigkeit) (amtl.Lichtbildausweis)

mit die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen, ....maligen,  
wiederholten Verlassen seiner - ihrer Wohngemeinde .....

..... über ..... nach .....

- und zurück - am ..... vom ..... bis .....  
(Datum) (Zeitangabe)

erteilt.

Diese Erlaubnis berechtigt zur Benutzung von .....  
(Verkehrsmittel)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel  
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden  
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit  
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

.....  
(Unterschrift)

Nichtzutreffendes durchstreichen.

I. 14

Muster B.

.....  
Dienststelle

....., den .....  
Ort

B.Nr.....

Polizeiliche Erlaubnis.

(Nur gültig innerhalb von .....  
(Wohngemeinde)

Dem Juden - Der Jüdin .....  
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....  
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am ..... in .....,

wohnhaf in .....  
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hiermit  
(Staatsangehörigkeit) (amtl.Lichtbildausweis)

die polizeiliche Erlaubnis zur einmaligen, .....maligen,  
wiederholten Benutzung von ..... innerhalb  
(Verkehrsmittel)

seiner - ihrer Wohngemeinde ..... nach

..... - und zurück -  
(Stadtteil, Straße, Platz Nr.)

am ..... vom ..... bis ..... erteilt,  
(Datum) (Zeitangabe)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel  
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden  
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit  
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

.....  
(Unterschrift)

Nichtzutreffendes durchstreichen.



Der Regierungspräsident

Wiesbaden, den 19. September 1941.

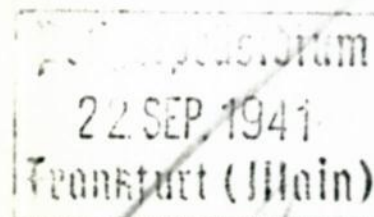
I 3 P 465/41.

=====

Vertraulich!

An die  
Herren Landräte und  
Polizeiprääsidenten des Bezirks.

=====



Anliegend übersende ich einen Abdruck des Runderlasses  
des Reichsministers des Innern vom 15.9.1941 Pol.S IV B 4 b  
Nr.940/41 - 6, betr. Polizeiverordnung über die Kennzeichnung  
der Juden vom 1.9.1941 (R.G.Bl.I.S.547) zwecks weiterer Ver-  
anlassung.

I. V.  
gez. Prohasel

Beglaubigt:

Reg.-Assistent.

I. 16.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 30. September 1941.

Pol. - S IV B 4 b - 940/41-37

S c h n e l l b r i e f !

Sammelanschrift - je gesondert -

An

- 1) die Reichsstatthalter und Landesregierungen,  
- außer Preußen - ,
- 2) die preußischen Regierungspräsidenten,  
(einschliesslich Kattowitz und Zichenau,  
in Berlin der Polizeipräsident),
- 3) den Reichskommissar für die Westmark.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung  
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,  
S. 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S  
IV B 4 b - 940/41-6-.

Unter Bezugnahme auf meinen obenbezeichneten Runderlass vom 15.9.1941 ersuche ich, den vom Reichsverkehrsminister über die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden für seinen Bereich herausgegebenen Runderlass vom 18.9.1941 - 15 V pa 21 -, der den dortigen Dienststellen unmittelbar zugegangen ist, den untergeordneten Behörden, insbesondere den Ortspolizeibehörden zur Beachtung bekanntzugeben.

Weiterhin sind die Ortspolizeibehörden anzuweisen, die Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahnen an den Tagen des stärksten Reiseverkehrs (Wochen-

./.

I. 17



ende, Festtage, Ferienanfang und -ende) möglichst überhaupt nicht zu erteilen und Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von See- und Küstenschiffen durch gekennzeichnete Juden nur dann auszustellen, wenn eine Landverbindung zum Reiseziel nicht besteht.

Der Reichspostminister gibt in den nächsten Tagen für seinen Bereich ebenfalls einen Rund-erlass heraus, der den dortigen Dienststellen be-kannt gegeben wird. Dagegen wird hier von der Wie-dergabe der vom Reichsminister der Luftfahrt mit Erlass an die Lufthansa getroffenen Regelung im Luftverkehr Abstand genommen, da sie keine weiteren Einzelheiten als die in meinem Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S IV B 4 b - 940/41-6- genannten ent-hält.

Die dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD untergeordneten Dienststellen sind unmittel-bar von hier aus in Kenntnis gesetzt worden.

Im Auftrage:  
gez. H e y d r i c h.



Der Regierungspräsident  
I 9  
514/41

Wiesbaden, den 10. Okt. 1941

Vorstehenden Abdruck übersende ich unter Bezugnahme auf meine Rundverfügung vom 19.9.41 I 3 P 465/41 und vom 4.10.41 I 9 mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung.  
489/41

J.V.  
gez. Prohasel. Beglaubigt:

An die  
Herren Landräte u. Pol. Präsidenten  
des  
B e z i r k s .  
-----

*[Handwritten Signature]*  
Reg.-Assistent.

Abschrift.

Der Reichsminister des Innern. Berlin, den 16. Februar 1942.

Pol. S. IV. B 4 b - 940/41 -6-

Schnellbrief I

Vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An die preußischen Regierungspräsidenten

pp.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 -RGBl. I. S. 547/).

Bezug: Hies. Runderlaß vom 15. September 1941 - Pol. S. IV B 4b - 940/41-6-.

In Ergänzung der in dem obenbezeichneten Runderlaß aufgestellten Richtlinien teile ich folgendes zur Beachtung mit:

Für die Bearbeitung von Fragen, die sich auf die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl. I. S. 547) beziehen, sind die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei ausschließlich zuständig. Die für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln getroffene Zuständigkeitsregelung bleibt hiervon unberührt.

Da der § 3 der angeführten Verordnung bereits ein Höchstmaß an Ausnahmen enthält, sind darüber hinaus gehende Freistellungen von der Kennzeichnungspflicht usw. grundsätzlich nicht zugelassen. In zweifelhaften Fällen ist stets hierher zwecks Einholung meiner Entscheidung zu berichten. Sollten ohne meine Zustimmung Ausnahmen bewilligt sein, die im § 3 der Kennzeichnungsverordnung keine Stütze finden, so sind diese Bewilligungen unverzüglich zurückzunehmen und gleichzeitig die sich darauf beziehenden Vorgänge mir zur Entscheidung vorzulegen.

Unter



Unter Öffentlichkeit im Sinne des § 1 Abs. 1 der Verordnung ist jeder Ort zu verstehen, an dem ein zum Tragen des Kennzeichens verpflichteter Jude einer Person begegnen kann, die nicht zu seinem Haushalt gehört.

Im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt unterliegen mit sofortiger Wirkung auch Juden slowakischer, kroatischer und rumänischer Staatsangehörigkeit der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden und den damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen.

Angesichts der gespannten Verkehrs-lage ist im übrigen noch mehr als bisher die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden auf ein äußerstes Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere auch für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden in Deutschland) aus dienstlichen Gründen eine Reise unternehmen wollen.

Ich ersuche um Bekanntgabe dieses Rundlasses an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

Im Auftrage.  
gez. Heydrich.

Der Regierungspräsident.

Wiesbaden, den 3. März 1942.

Nr. 117/42 vertr.

Vertraulich

An die Herren Landräte und Polizeipräsidenten des Bezirks.

Polizeipräsidium  
L 6. MRZ. 1942  
Frankfurt (Main)

Abchrift übersende ich unter ~~der Bezeichnung~~ meine Rundverfügung vom 19. September 1941 - L. 3. P. 465/41 - zur Kenntnis mit dem Ersuchen um Bekanntgabe an die Ortspolizeibehörden.

Im Auftrage.  
gez. Dr. Groener.

Beglaubigt:  
Ange stellt e.

Frankfurt a. M.



Abschrift.

Der Reichsminister des Innern. Berlin, den 24. März 1942.  
Pol.S IV B 4 b (940/41 -6-) 1155/41 -33-  
-----

Schnellbrief!

An die preußischen Regierungspräsidenten  
usw.

**Betrifft:** Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden.  
**Bezug:** Hiesige Runderlasse vom 15.9.1941 und 16.2.1942  
-Pol.S.IV B 4 b - Nr. 940/41-6-.  
**Anlage:** Je 1 (Muster B ).

Mit Rücksicht darauf, daß die Klagen über Unzuträglichkeiten bei der Benutzung örtlicher Verkehrsmittel (Straßenbahn, Untergrundbahn, Autobus, in Berlin auch S-Bahn usw.) durch Juden in steigendem Maße überhand nehmen, werden im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister und dem Reichspostminister unter insoweitiger Abänderung der bisherigen, insbesondere im oben bezeichneten Runderlaß, betreffend Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden, vom 15. September 1941 -Pol.S.IV B 4 b -Nr. 940/41-6- getroffenen Regelung über die Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden innerhalb der Wohngemeinde folgende neuen Verkehrsbeschränkungen zur Beachtung bekanntgegeben:

1. Juden, die nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl.I, S.547) und den dazu ergangenen hiesigen Runderlassen vom 15.9.1941 und 16.2.1942 -Pol.S.IV B 4 b -Nr. 940/41-6- zum Tragen des Judensterns verpflichtet sind, müssen in allen Fällen bei Fahrten innerhalb der Wohngemeinde eine polizeiliche Erlaubnisbescheinigung für die Benutzung des Verkehrsmittels nach anliegendem, neuen Muster B in verkleinerter Form bei sich führen. In besonderen Fällen, z.B. beim geschlossenen Arbeitseinsatz, kann eine Sammelerlaubnis erteilt werden.

2. Die bisherige ausschließliche Zuständigkeit der Ortspolizeibehörden für die Ausstellung dieser Erlaubnisbescheinigungen bleibt bestehen.

3. Erlaubniserteilungen kommen nur in Betracht:

- a) beim Arbeitseinsatz (einschließlich der Beschäftigung bei den amtlich anerkannten jüdischen Organisationen), soweit durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes eine Wegstrecke zur Arbeitsstätte (ohne Rückweg) von mindestens einer Stunde oder 7 km von seiten des Juden nachgewiesen wird (bei nachgewiesenermaßen ständig Kranken oder Gebrechlichen sowie Kriegsbeschäftigten genügt eine entsprechend kürzere Wegstrecke),
- b) an Schulkinder, wenn eine Wegstrecke zur Schule (ohne Rückweg) von mindestens einer Stunde oder 5 km durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde unter Beweis gestellt wird ( bei nachgewiesenermaßen ständig Kranken oder Gebrechlichen genügt eine entsprechend kürzere Strecke), und
- c) an jüdische Rechtskonsulenten, Krankenbehandler und Hebammen, die ihre amtliche Bestallung oder Zulassung vorlegen.

4.

I. 24



4. In der Regel ist nur ein bestimmtes Verkehrsmittel ( z.B. Straßenbahn) zur Benutzung freizugeben.
5. Die Erlaubnisbescheinigungen für die öffentlichen Verkehrsmittel sind zwecks Arbeits- und Papiereinsparung regelmäßig mit einer Gültigkeitsdauer von 1 Jahr auszustellen, soweit es sich nicht um die Genehmigung bestimmter einzelner Fahrten handelt. Nach Ablauf dieser Frist ist bei Vorliegen der Voraussetzungen auf Antrag eine neue Erlaubniskarte auszustellen, wobei von seiten des Juden die letzte Erlaubnisbescheinigung zurückzugeben ist. Die Juden sind darüber hinaus beim Wegfall der Voraussetzungen, die zur Erlaubniserteilung geführt haben, ganz allgemein zur Rückgabe der Karte verpflichtet.
6. Die notwendige Anzahl von Erlaubnisbescheinigungen nach dem anliegenden Muster B ist spätestens bis zum 10.4.1942 von den Mittelbehörden der allgemeinen inneren Verwaltung beim Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str.8, anzufordern.
7. Verstöße gegen diese Anordnung sind durch die zuständigen Staatspolizei(leit)stellen mit Schutzhaft zu ahnden.
8. Diese Regelung tritt mit dem 1. Mai 1942 in Kraft. Entgegenstehende örtliche Regelungen gelten hiermit als aufgehoben.
9. Die evtl. Herausgabe einer näheren Regelung durch den Reichsverkehrsminister oder Reichspostminister bleibt vorbehalten.
10. Im übrigen bleiben die bisherigen Verbote, Einschränkungen, Vorschriften und Ausführungsbestimmungen gültig.

Im Auftrage:

gez. H e y d r i c h.

---

Wenden!

( auf Muster B  
gelbem Karton )

Dienststelle . . . . . Ort  
B.Nr. . . . .

Polizeiliche Erlaubnis  
( Nur gültig innerhalb von . . . . . )  
( Wohngemeinde )

Dem Juden -- Der Jüdin . . . . . ,  
( Vornamen, Rufnamen unterstreichen )

( Zuname, bei Frauen auch Mädchennamen ) , ( Beruf )

geb. am . . . . . in . . . . .

wohnhaft in . . . . . ( Gemeinde ) , ( Straße, Platz Nr. )

( Staatsangehörigkeit ) , ( amtl. Lichtbildausweis ) , wird hiermit

die polizeiliche Erlaubnis zur . . . . . maligen Benutzung

des - der . . . . . ( Verkehrsmittel )

von . . . . .

nach . . . . . - und zurück -  
( Stadtteil, Straße, Platz )

vom . . . . . bis . . . . . erteilt.  
( Zeitangabe )

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit einem  
amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

( Unterschrift ) . . .

Nichtzutreffendes durchstreichen.

Diese polizeiliche Erlaubnis gilt nicht als Fahrausweis.

= = = =

Der



Der Regierungspräsident.

Wiesbaden, den 31. März 1942.

<sup>I</sup>  
-112- / <sup>2</sup>42.-

An die Herren Landräte und Polizeipräsidenten  
des Bezirks.

Polizeipräsidium  
-4 APR 1942  
Frankfurt (Main)

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen um Bekanntgabe an die  
Polizeibehörden.

Die erwähnten Runderlasse vom 15. 9. 1941 und vom 16. 2. 1942  
habe ich durch Verfügung vom 19. 9. 1941 I 3 P 465/41 und vom  
3. 3. 1942 I 9 mitgeteilt.

Nr. 117/42 vertr.

I Indem ich auf Ziffer 6 des Erlasses vom 24. 3. 1942 Bezug nehme,  
ersuche ich, mir bis zum 8. April 1942 zu berichten, wieviel Vor-  
drucke zu Erlaubnisbescheinigungen Muster B benötigt werden.

I.V.  
gez. Prohasel.

Beglaubigt

*[Signature]*  
Regierungsassistent.

*500 Vordrucke bei  
neu from Reg. Prof. Hiestraden  
RO. 7 Reiterochan, formmäßig  
bisher. II / 200 8/4 42.*

425/

432



Der Landrat  
des Main-Taunus-Kreises

Frankfurt a. M. - 9047

# Judenangelegenheiten im allgemeinen

Jahrgang

vom

bis

Fach Nr. \_\_\_\_\_  
Lfd. Nr. \_\_\_\_\_

Sorte Condor (mit Schleberdeckleiste)  
Lieferbar in 12 Farben: grau, blau, rot, orange, chamois, resedagrün, braun, citr., dunkelgrün, kardinal, kupfer, hellblau

Sorte Magnet (mit Metalldeckleiste)



IV 1

Fach: 24  
Nr. 14  
Band III

Bei Behörden-Heftung  
ist diese Seite oben

von 1941 bis 1943



Abschrift.

Geheime Staatspolizei      Frankfurt a/M., den 5. Juni 1941.  
Staatspolizeistelle in Frankfurt a/M.

II B 4 a - 95/41 -.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Betrifft: Auswanderung von Juden.

Vorgang: Besprechung mit Herrn Oberregierungsrat Dr. Groener.

Anlagen: Ohnr.

Genäß einer Mitteilung des Reichsmarschall ist die Judenauswanderung aus dem Reichsgebiet, einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren, auch während des Krieges verstärkt im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten durchzuführen. Es ist dabei keine Rücksicht zu nehmen auf einen evtl. Arbeitseinsatz der Juden. Von diesen Richtlinien werden jedoch nach der Anordnung des Reichsmarschall, die in Frankreich und Belgien lebenden deutschen Juden infolge mangelnder Ausreisemöglichkeit nicht betroffen. Die Auswanderung der dort lebenden deutschen Juden ist grundsätzlich zu verhindern.

Eine Nachsendung von Urkunden an deutsche Juden in diese Länder soll nicht erfolgen.

Im Auftrage: gez. (Unterschrift).

---

IV 2

Der



I. 3 P 271/41.

Wiesbaden, den 12. Juni 1941.

das Dezernat I. 9.

**Abschrift zur Kenntnis.**

I. A.

gez. M o r i t z, i.V.

Beglaubigt

Regierungsassistent.

IV 3

**Sofort!**

16

i.) Am dem Herrn Reg.-Rat. in Wiesbaden

Unter: Friedenbarung.

ul 7/7 hr  
-7. Juli 1941

Stoffe vom 21./II. 38 - I 3 S. Nr. 1038/38.

- Verweisung -

in Verweisung der jetzt. Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis

Registrierung am <u>1./II. 1941:</u>	Zugang <u>Stück</u>		Abgang <u>Stück</u>			Registrierung am <u>30./II. 1941</u>
	Zugang:	Gebiet:	Abgang:	Abgang:	Zeit:	
59	1	1	-	-	-	60
	2					

2./3. 2. a.

*[Handwritten signature]*

IV 4



# Main-Taunuskreis

Bfd. Nr.	N a m e n						Bfd. Nr.	N a m e n					
	<u>Städte</u>							<u>Libbing</u>	34	-	-	-	34
1.	Hochheim a. M.	-	-	-	-	-	25.	Nedenbach	-	-	-	-	-
2.	Hofheim a. T.	2	-	-	-	2	26.	Naurod	-	-	-	-	-
3.	Kellheim	-	-	-	-	-	27.	Neuenhain	1	-	-	-	1
	<u>Landgemeinden</u>						28.	Niederhöchstadt	-	-	-	-	-
4.	Altenhain	-	-	-	-	-	29.	Niederhofheim	-	-	-	-	-
5.	Auringen	-	-	-	-	-	30.	Niederjosbach	-	-	-	-	-
6.	Bad Soden T.	-	-	-	-	-	31.	Niedernhausen	-	-	-	-	-
7.	Breckenheim	-	-	-	-	-	32.	Nordenstadt	15	-	1	-	16
8.	Bremthal	-	-	-	-	-	33.	Oberems	-	-	-	-	-
9.	Delfenheim	2	-	-	-	2	34.	Oberliederbach	-	-	-	-	-
10.	Diedenberg	2	-	-	-	2	35.	Okriftel	-	-	-	-	-
11.	Eddersheim	-	-	-	-	-	36.	Reifenberg	-	-	-	-	-
12.	Ehlhalten	-	-	-	-	-	37.	Ruppertsheim	-	-	-	-	-
13.	Eppenhain	-	-	-	-	-	38.	Schloßborn	-	-	-	-	-
14.	Eppstein	-	-	-	-	-	39.	Schwalbach T.	-	-	-	-	-
15.	Eschborn	1	-	-	-	1	40.	Sulzbach a. T.	-	-	-	-	7
16.	Fischbach	1	-	-	-	1	41.	Voßenhausen	-	-	-	-	-
17.	Flörsheim a. M.	11	-	-	-	11	42.	Wallau	9	1	-	-	10
18.	Glashütten	-	-	-	-	-	43.	Weilbach	-	-	-	-	-
19.	Hattersheim	5	-	-	-	5	44.	Wieder	-	-	-	-	-
20.	Königshofen	-	-	-	-	-	45.	Wildsachsen	-	-	-	-	-
21.	Kriftel	3	-	-	-	3			59	1	1	-	61
22.	Langenhain	-	-	-	-	-							
23.	Lorsbach	-	-	-	-	-							
24.	Massenheim	2	-	-	-	2							
	<u>Libbing</u>	34	-	-	-	34							



Der Reichsminister des Innern  
VI a 3195/41.  
5042.

Abschrift.

Berlin, den 5. Juli 1941.

Reichsstelle  
für das Auswanderungswesen  
G.Z. B 6062/20.6.1941.

Abschrift.

Berlin-Dahlem, den 27. Juni 1941.  
Unter den Eichen 93.

An den Herrn Reichsminister des Innern Abt. VI Berlin.

Betrifft: Jüdische Auswandererberater des Palästina-Amtes  
und seiner Zweigstellen.

Anlagen: 1 Doppel dieses Berichtes für Abt. IV.

Das Palästina-Amt Berlin der Jewish Agency for Palestine Berlin W.15, Meinekestr.10, war durch Erlass des Herrn Reichsministers des Innern vom 25. Juli 1924, Nr. II 6174 B als eine für die Juden gemeinnützige Auswandererberatungsstelle anerkannt worden.

Durch die starke Abwanderung der Juden nach Palästina seit dem Jahre 1933 war es notwendig geworden, zu deren Beschleunigung folgende Zweigstellen des Palästina-Amtes als jüdische Auswandererberatungsstellen zur Anerkennung vorzuschlagen in Betthen, Breslau, Darmstadt, Dortmund-Hörde, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt a/M., Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg i. Preußen, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart.

Die Zweigstellen in Karlsruhe, Mannheim und Stettin sind im Jahre 1940 wieder aufgelöst worden.

Meinen Vorschlägen entsprechend waren die jüdischen Auswandererberatungsstellen anerkannt worden.

Nachdem durch Erlass des Herrn Reichsministers des Innern vom 21. Mai 1941 Pol. S-IV B b (neu) 520/39-921a Rv., wie mir von dem Palästinaamt berichtet wurde, aufgrund des § 5 der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939 (RGBl. I S. 1097) die Auflösung des Palästina-Amtes Berlin der Jewish Agency for Palestine angeordnet worden ist, sind die bisherigen Anerkennungen als jüdische Auswandererberatungsstellen erloschen.

Ich habe daher das Palästina-Amt Berlin und seine sämtlichen Zweigstellen von der Liste der jüdischen Auswandererberatungsstellen gestrichen und die Lieferung des Nachrichtenblattes der Reichsstelle für das Auswanderungswesen eingestellt.

In Vertretung. Im Entwurf gez. Dr. Müller.

" " : gez. Unterschrift.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnis.

Im Auftrag: gez. Lichter.

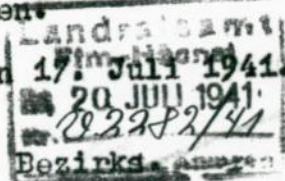
An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Der Regierungspräsident.  
I 3 Sta. A 209/41.

Wiesbaden, den 17. Juli 1941.

An

die Herren Landräte und Pol. Präsidenten des Bezirks.



V. 2282/41 ✓

Abschrift zur Kenntnis.  
I.V. gez. Prohasel.

Beglaubigt  
Regierungssekretär.

II 6

24-14a.



V. J.

2

1/ An den Herrn Reg. Ratsf. in Heinsheim  
Lndr.: Jüdenbesetzung

15. Okt. 1941

Rufg. vom 21. VI. 38 - I 3 P Nr. 1038/38

- Konfirmierung -  
über

Die Besetzung der jüd. Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Stand am 30. VI.	Zugang Jüdisch		Abgang Jüdisch			
	Zugang	Geburt	Konfirm. im Kreis Land	Abwanderung	Tod	
61	-	-	-	-	2	59
	0		2			

II?

2/ Z. d. A.

Erlaube ich mir Altpapier Nr. 18.10.41.

Registratur.

24-146.

# Main-Taunuskreis

~~hain-Taunus~~

Ost. Nr.	N a m e n							Ost. Nr.	N a m e n						
	<u>Städte</u>								Übertrag	34	-	-	-	-	2 32
1.	Hochheim a. M.	-	-	-	-	-	-	25.	Medenbach . .	-	-	-	-	-	-
2.	Hofheim a. T.	7	-	-	-	-	1 6	26.	Naurod . . .	-	-	-	-	-	-
3.	Kellheim . . .	-	-	-	-	-	-	27.	Neuenhain . .	1	-	-	-	-	1
	<u>Landgemeinden</u>							28.	Niederhöchst.	-	-	-	-	-	-
4.	Altenhain . .	-	-	-	-	-	-	29.	Niederhofheim .	-	-	-	-	-	-
5.	Auringen . .	-	-	-	-	-	-	30.	Niederjosbach .	-	-	-	-	-	-
6.	Breckenheim .	-	-	-	-	-	-	31.	Niedernhausen .	-	-	-	-	-	-
7.	Bremthal . .	-	-	-	-	-	-	32.	<del>Niederreifenberg</del>	-	-	-	-	-	-
8.	Bad Soden T.	-	-	-	-	-	-	33.	Nordenstadt . .	16	-	-	-	-	16
9.	Dellkenheim .	2	-	-	-	-	2	34.	Oberemß . . .	-	-	-	-	-	-
10.	Diedenberg .	2	-	-	-	-	2	35.	Oberliederbach .	-	-	-	-	-	-
11.	Eddersheim . .	-	-	-	-	-	-	36.	<del>Oberreifenberg</del>						
12.	Ehlhalten . .	-	-	-	-	-	-	37.	Okriftel . . .	-	-	-	-	-	-
13.	Eppenhain . .	-	-	-	-	-	-	38.	Ruppertsheim .	-	-	-	-	-	-
14.	Eppstein . . .	-	-	-	-	-	-	39.	Schloßborn . .	-	-	-	-	-	-
15.	Eschborn . . .	1	-	-	-	-	1	40.	Schwalbach T.	-	-	-	-	-	-
16.	Fischbach . .	1	-	-	-	-	1	41.	Sulzbach a. T.	-	-	-	-	-	-
17.	Flörsheim a. M.	11	-	-	-	-	11	42.	Vockenhausen .	-	-	-	-	-	-
18.	Glashütten . .	-	-	-	-	-	-	43.	Wallau . . .	10	-	-	-	-	10
19.	Hattersheim .	5	-	-	-	-	5	44.	Weilbach . . .	-	-	-	-	-	-
20.	Königshofen .	-	-	-	-	-	-	45.	Wicker . . .	-	-	-	-	-	-
21.	Kristel . . .	3	-	-	-	-	1 2	46.	Wildsachsen . .	-	-	-	-	-	-
22.	Langenhain . .	-	-	-	-	-	-			61	-	-	-	-	2 59
23.	Lorsbach . . .	-	-	-	-	-	-								
24.	Massenheim .	2	-	-	-	-	2								
	Übertrag	34	-	-	-	-	2 32								



1.) An den Herrn Reg.-Rat. in Wiesbaden

1938: Einwanderung.

st. 6/1 K.  
- 7. Jan.

Wied. vom di. 17. 1938 - I 3 P. Nr. 1038738 -

Einwanderung

über die Bewegung der jüd. Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Anzahl 1/1. 1941	Zugang Zugang:	Tief Gebiet	Abgang Tief		Zust.	Anzahl 1/1. 1941
			Abgang in Ausland:	Abgang:		
59	-	-	-	-	-	59
		0		0		

2.) An den Herrn Landr. als V.-R.-L. in Wiesbaden  
- 7. Jan. 1942

- a) Friedenberg
- b) Fischbach
- c) Karsenheim
- d) Kardesbach
- e) Kirchheim

N9

Ich bestätige die Einreichung der von mir am 20. Juni 1938 - Jgl. V. Nr. 1299 - beh. Vorlage einer Aufstellung über die Bewegung der jüd. Bevölkerung zum 1/1., 1/12., 1/10. 1938 und 1/1. 1941 auf immer nicht befristet. Ich bestätige ferner die mit beifolgender Aufstellung der Vorlagekommission. Die künftigen Aufstellungen werden ich die vorstehenden Angaben auf Ihre Kopie beif. einfließen.

3.) J. S. A.

24-246.



# Main-Taunuskreis

Ufd. Nr.	N a m e n						Ufd. Nr.	N a m e n					
	<u>Städte</u>							<i>Verh.ang.</i>	32	-	-	-	32
1.	Hochheim a. M.	-	-	-	-	-	25.	Niedenbach	-	-	-	-	-
2.	Hofheim a. T.	6	-	-	-	6	26.	Naurod	-	-	-	-	-
3.	Kellheim	-	-	-	-	-	27.	Neuenhain	1	-	-	-	-
	<u>Landgemeinden</u>						28.	Niederhöchstadt	-	-	-	-	-
4.	Altenhain	-	-	-	-	-	29.	Niederhofheim	-	-	-	-	-
5.	Auringen	-	-	-	-	-	30.	Niederjosbach	-	-	-	-	-
6.	Bad Soden T.	-	-	-	-	-	31.	Niedernhausen	-	-	-	-	-
7.	Breckenheim	-	-	-	-	-	32.	Nordenstadt	16	-	-	-	16
8.	Bremthal	-	-	-	-	-	33.	Oberems	-	-	-	-	-
9.	Dellheim	2	-	-	-	2	34.	Oberliederbach	-	-	-	-	-
10.	Diedenberg	2	-	-	-	2	35.	Okriftel	-	-	-	-	-
11.	Eddersheim	-	-	-	-	-	36.	Reifenberg	-	-	-	-	-
12.	Ehlhalten	-	-	-	-	-	37.	Ruppertsheim	-	-	-	-	-
13.	Eppenhain	-	-	-	-	-	38.	Schloßborn	-	-	-	-	-
14.	Eppstein	-	-	-	-	-	39.	Schwalbach T.	-	-	-	-	-
15.	Eschborn	1	-	-	-	1	40.	Sulzbach a. T.	-	-	-	-	-
16.	Fischbach	1	-	-	-	1	41.	Vockenhausen	-	-	-	-	-
17.	Flörsheim a. M.	11	-	-	-	11	42.	Wallau	10	-	-	-	10
18.	Glashütten	-	-	-	-	-	43.	Weilbach	-	-	-	-	-
19.	Hattersheim	5	-	-	-	5	44.	Wicker	-	-	-	-	-
20.	Königshofen	-	-	-	-	-	45.	Wildsachsen	-	-	-	-	-
21.	Kriftel	2	-	-	-	2		<i>insg.</i>	59	-	-	-	59
22.	Langenhain	-	-	-	-	-							
23.	Lorsbach	-	-	-	-	-							
24.	Massenheim	2	-	-	-	2							
	<i>insg.</i>	32	-	-	-	32							

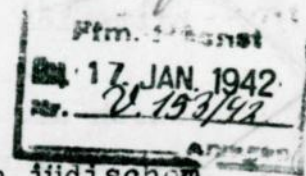


Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
Frankfurt a.M.

II B 2 - 94/42

Frankfurt/M., den

Januar 1942



Betrifft: Aktion zur Erfassung der sich in jüdischem Besitz befindlichen Woll- und Pelzsachen, sowie Skier und Skischuhe im Zuge der Sammelaktion für die Ostfront.

Vorgang: Ohne.

---

Durch Erlass des Reichssicherheitshauptamtes - IV B 4 - 7/42 - vom 5.1.1942 haben alle Juden, die nach der Polizei-Verordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 der Kennzeichnungspflicht unterliegen, die in ihren Besitz befindlichen Pelz- und Wollsachen, sowie Skier, Ski- und Bergschuhe in der Zeit vom 15. u. 16.1.1942 abzuliefern. Die in der Polizei-Verordnung angeführte Altersgrenze von 6 Jahren bleibt unberührt.

Vergütungen sind in keinem Falle zu gewähren, desgleichen keinerlei Bezugscheine für abgelieferte Skistiefel.

Ich habe der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Zweigstelle Frankfurt a.M., und der Bezirksstelle Hessen-Nassau der Reichsvereinigung die Auflage erteilt, ihre Mitglieder entsprechend anzuweisen, und in den einzelnen Orten meines Dienstbereiches das Ergebnis der Sammlung durch die jüdischen Vertrauensmänner bei den Herren Landräten unter Beifügung einer listenmäßigen Aufstellung abliefern zu lassen.

Ich bitte die Herren Landräte, ihrerseits die entgegengenommenen Gegenstände den in Betracht kommenden Dienststellen der NSDAP. zur Verfügung zu stellen. Bei der Übergabe haben Juden nicht in Erscheinung zu treten. Eine Liste der erfaßten Sachen bitte ich mir bis zum 18.1.1942 zu übersenden, da ich dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin über den Ausgang berichten muß. Festgestellte Verstöße seitens der Juden gegen die Ablieferung

IV M



bitte ich mir baldmöglichst zu melden.

Für das Stadtgebiet Frankfurt a.M. erfolgt die Abgabe durch die Zweigstelle der Reichsvereinigung bei meiner hiesigen, für den Bereich der Außendienststelle Wiesbaden durch die Bezirksstelle Hessen-Nassau der Reichsvereinigung bei meiner dortigen Dienststelle.



In Vertretung:

gez: Dr. H ö n e r .

Beglaubigt:

*K. H. W. 6*  
Kanzleiangestellte.

An den

Herrn Regierungspräsidenten (nachrichtlich),  
die Herren Landräte des Stapobezirks,  
die Stapo-Außendienststelle in Wiesbaden  
den Gauleiter der NSDAP. (nachrichtlich mit Umdruck für die  
Kreisleiter des Stapobezirks).

V. 153/42

*J. Langen (H. 19.1.42)*  
*Off. v. 15.1.42*  
*v. L.*  
*J. H.*



1.) An den Herrn Reg.Präsidenten  
in Wiesbaden

Betr.: Judenbewegung.

16. Apr. 1942

Verf. vom 21.6.1938 - I 3 P. Nr. 1038/38 -

Nachweisung  
über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Kopfzahl am 1.1.42.	Zugang durch		Abgang durch			Kopfzahl am 31.3.42.
	Zuzug	Geburt	Veränderung des Wohnsitzes im Inland	Abwanderung	Tod	
59	1	-	1	2 -	3	56
	1			4		

+++

+++

2.) Zu den Akten. (24 - 14 b)

Schlaueigen Kinn  
Altpapier. Gp. 28.4.42.  
Registratur.

IV 14

# Main-Taunuskreis

17

Bfd. Nr.	N a m e n	Bef.- Zahl					Bfd. Nr.	N a m e n	Bef.- Zahl				
		1.1.42	1.1.43	1.1.44	1.1.45	1.1.46			1.1.42	1.1.43	1.1.44	1.1.45	1.1.46
	<u>Städte</u>							<u>Städte</u>					
1.	Hochheim a. M.						25.	Medenbach . .					
2.	Hofheim a. T.	6				6	26.	Naurod . .					
3.	Kellheim . . .						27.	Neuenhain . .	1				1
	<u>Landgemeinden</u>						28.	Niederhöchst.					
4.	Altenhain . .						29.	Niederhofheim .					
5.	Auringen . .						30.	Niederjochbach .					
6.	Breckenheim .						31.	Niedernhausen .					
7.	Bremthal . .						32.	Niederreifenberg					
8.	Bad Soden T.						33.	Nordenstadt . .	10			2	14
9.	Dellheim . .	2				2	34.	Oberems . . .					2
10.	Diedenberg .	2				2	35.	Oberliederbach .					
11.	Eddersheim .						36.	Oberreifenberg .					
12.	Ehlhalten . .						37.	Okriftel . . .					
13.	Eppenhain . .						38.	Ruppertsheim .					
14.	Eppstein . . .						39.	Schloßborn . .					
15.	Fischborn . .	1				1	40.	Schwalbach T.					
16.	Fischbach . .	1				1	41.	Sulzbach a. T.					
17.	Flörsheim a. M.	11				11	42.	Wödenhausen .					
18.	Glashütten . .						43.	Wallau . . .	10	1		1	9
19.	Hattersheim .	5				5	44.	Weilbach . . .					
20.	Königshofen .						45.	Wicker . . .					
21.	Kristel . . .	2				2	46.	Wildsachsen . .					
22.	Langenhain . .							inverf.	59	1		1	3
23.	Lorsbach . . .												56
24.	Massenheim .	2				2							
	<u>Wilmshausen</u>	32				32							

II/13



Frankfurt a.M., den 27. Mai 1942

24 24 MAI 1942  
U. 1442/42

Vorgang: Ohne.

Der Reichsinnungsverband des Friseurhandwerkes ist durch das Reichssicherheitshauptamt in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig gebeten worden, dafür Sorge zu tragen, daß diese Anordnung den einzelnen Friseurbetrieben im Reichsgebiet mitgeteilt wird.

Kzl. Angest.

An  
den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden (nachrichtlich)  
den Herrn Polizeipräsidenten in Wiesbaden                         "  
den Herrn Polizeipräsidenten in Frankfurt a.M.                         "  
die Gauleitung Frankfurt a.M.  
die Herren Landräte des Stapobereiches,  
die Außendienststelle in Wiesbaden.

**IV 15.**

Tgb. 1. Nr. 1442/42 ✓

1.) An den Herrn Landrat als A. d. L.

in ( hier für den Empfang )

ol. 1/6. 2  
-2 Juni 1942.

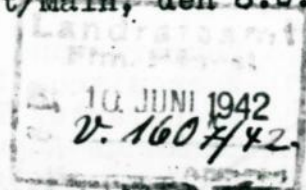
Abpfiff (der Kopf) zur Laufzeit und Wahrung.  
Lief über die einzige Kopfzeit für die im Laufe der  
Verzinsung.

2.) z. v. a. ✓



Geheime Staatspolizei  
- Staatspolizeistelle -  
- I C 7 - 6808/42 -

Frankfurt/Main, den 8.6.1942.



Betrifft: Vermögensbeschlagnahme hinsichtlich der am 11. Juni 1942 zu evakuierenden Juden.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 beschlagnahme ich hiermit mit Wirkung vom 1. Mai 1942 die gesamten inländischen Vermögenswerte der am 11. Juni 1942 zu evakuierenden Juden aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden. Die Namen dieser Juden sind aus den bei der Devisenstelle -S- in Frankfurt/Main, Goethestr. 9, dem Finanzamt - Aussenbezirk in Frankfurt/Main, Neue Mainzerstr. 43/45, der Staatspolizeistelle Frankfurt/M. und in den Landkreisen bei den zuständigen Landräten hinterlegten namentlichen Listen zu ersehen.

Zahlungen dürfen nur mit Genehmigung der zuständigen örtlichen Finanzämter, in Frankfurt/M. des Finanzamts Aussenbezirk in Frankfurt/M., denen die Verwaltung und Verwertung des Vermögens obliegt, geleistet werden. Ausgenommen hiervon sind die unaufschiebbaren Zahlungen für Steuern, öffentliche Abgaben und Hypothekenzinsen.



In Vertretung:  
gez. Dr. H ö n e r  
Beglaubigt:  
*[Signature]*  
Kanzleiangestellte.

An

die Herrn Landräte des Stapobezirks, (ausgenommen Landrat Rüdeshelm)  
den Herrn Oberfinanzpräsident Kassel - S - Devisenstelle S in  
Ffm., Goethestr. 9,

(Namensverzeichnis folgt.)

das Finanzamt Aussenbezirk in Frankfurt/M., Neue Mainzerstr. 43/45,  
(Namensverzeichnis folgt.)

die Deutsche Bank - Filiale Frankfurt/M. - Rossmarkt,

" " " - Filiale Wiesbaden,

" Dresdner Bank - Filiale Frankfurt/M.,

" " " - Filiale Wiesbaden,

" Wiesbadener Bank in Wiesbaden,

" Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt/M.,

" Frankfurter Sparkasse von 1822, Frankfurt/M., Neue Mainzerstr.

" Stadtparkasse Frankfurt/M., Platz der SA.

IV 17



An  
die Commerz- und Privatbank, Frankfurt/M.,  
" Nassauische Landesbank in Frankfurt/M., Hauptwache,  
" Frankfurter Bank in Frankfurt/M., Neue Mainzerstr. 69  
das Bankhaus August W. Michel, Frankfurt/M., Kaiserstr. 4,  
" " Metzler seel. Sohn u. Co., Frankfurt/M., Gallusstr.  
" " Heinrich Kirchholtes, Frankfurt/M., Mainzerlandstr. 4-6  
" Postscheckamt Frankfurt/M.,  
die Nassauische Landesbank in Wiesbaden.  
Nachrichtlich: An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

Der Landrat  
des Main-Taunus-Kreises  
V. 1607/42 ✓

Ffm.-Höchst, den 12.6.42

1.) An den Herrn Bürgermeister als O.P.B. in:

- 12 Juni 1942  
a.) Flörsheim a./M.  
b.) Wallau  
c.) Niedenbergen  
d.) Massenheim  
e.) Hofheim Ts.  
f.) Kriftel  
g.) Nordenstadt

Abschrift ( von [bis] )

( zur Kenntnis und Beachtung. #

2.) An Abteilung A (Herrn Bürodirektor Breitkreuz)  
zur Kenntnis vorzulegen. #

3.) Zu den Akten. ✓

Kreisausschuss  
Frankfurt/M.-Höchst  
Eing: 13. JUN. 1942  
T.B. Nr. \_\_\_\_\_

II 18

24-746.



Verzeichnis der, am 10.6.42 zu evakuierenden Juden.

1) <u>Flörsheim/Main</u>	Kahn Sali Israel	-61 Jahre-	} 4
	" Ida Sara geb.Simon	-56 " -	
	" Ilse Sara	-21 " -	
	" Jakob Israel	-58 " -	
2) <u>Wallau:</u>	Falk, Herbert Israel	-30 Jahre-	} 7
	" Erna Sara geb.Garzburski	-20 " -	
	Thalheimer, Martha Sara	-38 " -	
	" Ruth Sara	-10 " -	
	Leopold Wwe., Mina Sara geb. Falk	-61 " -	
	Levi, Nobert Israel	-26 " -	
	" Selma Sara geb.Falk	-55 " -	
3) <u>Diedenbergen:</u>	Cohn, Theodor Israel	-53 Jahre-	} 2
	" Berta Sara geb.Wallach	-51 " -	
4) <u>Massenheim:</u>	Schwarzschild, Gustav Israel	-59 Jahre-	} 2
	" Julie Sara geb. Löwenstein	-56 " -	
5) <u>Hofheim Ts.</u>	Weiß, Adolf Israel	-58 Jahre-	} 4
	" Mina Sara geb.Sonnenberg	-54 " -	
	Oppenheimer, Karl David, Ismael	-43 " -	
	" Hedwig Sara geb.Frank	-40 " -	
6) <u>Kriftel:</u>	Nassauer Manfred Israel	-29 Jahre-	} 1
7) <u>Nordenstadt:</u>	Wolf, Erna Sara	-52 Jahre-	} 12
	Weis, Else Sara	-41 " -	
	" Elise geb. Weis	-56 " -	
	Ochs, Leo Israel	-58 " -	
	" Frieda Sara geb.Weis	-45 " -	
	" Sylvia Sara	-20 " -	
	Schönfeld, Benny Israel	-30 " -	
	Löwenstein, Sali Isael	-58 " -	
	" Frieda Sara geb. Schwarzschild	-57 " -	
	Frank, Ludwig Israel	-30 " -	
	" Irena Sara geb.Schönfeld	-23 " -	
	" Paul Israel	-1 " -	

insgesamt: 32

II 19



# Main-Taunuskreis

74

Efd. Nr.	N a m e n	Kopf- Zahl 31.3.42	Zugang durch		Abgang durch		Kopf- Zahl 30.6.42	Efd. Nr.	N a m e n	Kopf- Zahl 31.3.42	Zugang durch		Abgang durch		Kopf- Zahl 30.6.42
			Zuzug	Geb.	Veränd. Ab- sterb.	Tod					Zuzug	Geb.	Veränd. Ab- sterb.	Tod	
	<u>Städte</u>								<u>Ulmstadt</u>	37	-	-	-	13	19
1.	Hochheim a. M.							25.	Medenbach . . .						
2.	Hofheim a. T.	6	-	-	-	4	2	26.	Naurod . . .						
3.	Kellheim . . .							27.	Neuenhain . . .	1	-	-	-	-	1
	<u>Landgemeinden</u>							28.	Niederhöchstädt .						
4.	Altenhain . . .							29.	Niederhofheim .						
5.	Auringen . . .							30.	Niederjosbach .						
6.	Breckenheim .							31.	Niedernhausen .						
7.	Bremthal . . .							32.	<del>Niederreifenberg</del>						
8.	Bad Soden T.							33.	Nordenstadt . .	14	1	-	-	12	3
9.	Delkenheim . .	2	-	-	-	-	1	34.	Oberems . . .						
10.	Diedenberg . .	2	-	-	-	2	0	35.	Oberliederbach .						
11.	Eddersheim . .							36.	<del>Oberreifenberg</del>						
12.	Ehlhalten . . .							37.	Okriftel . . .						
13.	Eppenhain . . .							38.	Ruppertsheim . .						
14.	Eppstein . . .							39.	Schloßborn . . .						
15.	Eschborn . . .	1	-	-	-	-	1	40.	Schwalbach T.						
16.	Fischbach . . .	1	-	-	-	-	1	41.	Sulzbach a. T.						
17.	Flörsheim a. M.	11	-	-	-	4	2	42.	Wackenhausen .						
18.	Glashütten . .							43.	Wallau . . .	9	-	-	-	2	2
19.	Hattersheim . .	5	-	-	-	-	5	44.	Weilbach . . .						
20.	Königshofen . .							45.	Wicker . . .						
21.	Kriftel . . .	2	-	-	-	1	1	46.	Wildsachsen . .						
22.	Langenhain . .								<u>insgesamt</u>	56	1	-	-	32	25
23.	Lorsbach . . .														
24.	Massenheim . .	2	-	-	-	2	0								
	<u>Ulmstadt</u>	32	-	-	-	13	19								

N 20



1.) An den Herrn Regierungspräsidenten  
in Wiesbaden.

-7. Juli 1942

Betr.: Judenbewegung.

Verfügung vom 21.6.38 -1 3 P. Nr. 1038/38 -

Nachweisung

über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Kopfzahl am 31.3.24	Zugang durch		Abgang durch			Kopfzahl am 30.6.42
	Zuzug	Geburt	Veränderung des Wohnsitzes im Innland	Abwanderung	Tod	
56	1	-	-	32	-	25
	1			32		

xxx

xxx

xxx

2.) Zu den Akten. (24 - 14 B)

Frankfurt a.M., den 21. August 1942.

II-P 2- 14448/42.

Schnellbrief!

Betrifft: Evakuierung von Juden nach Theresienstadt (Protektorat).  
Vorgang: Ohne.  
Anlagen: Umdrucke (Staatspolizeiliche Verfügung, Verhandlungsbogen, Merkblätter).

-----  
Am Dienstag, dem 1.9.42, ist für die Staatspolizeistelle Frankfurt/M. ein Abtransport von Juden vorgesehen. Bei dieser Evakuierung werden - ausser aus den Städten Frankfurt /M. und Wiesbaden- auch die Juden aus den Landkreisen des Regierungsbezirks Wiesbaden abgeschoben. Nach den Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin sind folgende Juden ( § 5 der I. V.O. zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.35, RGBl. I S.1333) zu erfassen:

- 1.) Über 65 Jahre bzw. über 55 Jahre alte gebrechliche Juden, soweit sie nicht in deutsch-jüdischer Mischehe leben, mit Ehegatten und Kindern unter 14 Jahren.
- 2.) a) Inhaber des Verwundetenabzeichens,  
b) Träger hoher Kriegsauszeichnungen ( EK I, goldene Tapferkeitsmedaille usw.),  
soweit sie nicht in deutsch-jüdischer Mischehe leben, mit Ehegatten und Kindern unter 14 Jahren.
- 3.) Jüdische alleinstehende Mischlinge, die nach den gesetzlichen Bestimmungen als Juden gelten ( d.h. Geltungsjuden, die z.Zt. weder Ehegatten noch Eltern oder Kinder haben).

Ausnahmen: Nicht evakuiert werden dürfen:

- 1.) Jüdische Ehegatten einer nicht mehr bestehenden deutsch-jüdischen Mischehe, die gemäss § 3 Abs. a) der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.41 (RGBl. I S. 547) vom Kennzeichnungszwang befreit sind.
- 2.) Juden ausländischer, einschliesslich nach dem 15.5.42 staatenlos gewordene Juden ehemals slowakischer Staatsangehörigkeit ( jedoch dürfen evakuiert werden sonstige staatenlose Juden und Juden mit ehemals polnischer und luxemburgischer Staatsangehörigkeit).



Juden vom 15. Lebensjahr ab können von ihren Eltern getrennt werden, wenn für einen der jüdischen Elternteile die Evakuierung auf Grund der vorstehenden Bestimmung möglich ist. In Fällen, in denen sich der Ehemann oder die Ehefrau in Strafhaft bzw. in einem KZ. Lager befinden, muss die Evakuierung des in Freiheit befindlichen Elternteils neuerdings durchgeführt werden.

Diese Richtlinien sind genauestens zu beachten. Die nach Frankfurt/M. überführten Juden werden in dieser Hinsicht an der Annahmestelle nochmals eingehend überprüft.

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland - Bezirksstelle Hessen Nassau - ist angewiesen, sich durch ihre Vertrauensmänner mit dem jeweiligen Landratsamt in Verbindung zu setzen, um gemäss den bestehenden Richtlinien die Juden zu melden, die für den Abtransport am 1.9.42 in Frage kommen. Die zu evakuierenden Juden erhalten auch durch die Bezirksstelle die von ihnen auszufüllenden Vermögensverzeichnisse. Diese Juden bitte ich mir bis zum Montag, dem 24.8.42, 15.00 Uhr zahlenmässig bekanntzugeben.

Die namentliche Aufstellung der zu Evakuierenden wird mir von der Bezirksstelle Hessen-Nassau vorgelegt. Diese Stelle ist von mir angewiesen worden, durch ihre Vertrauensmänner den einzelnen Landratsämtern eine gleiche Liste zu übergeben. An Hand dieses Verzeichnisses bitte ich die polizeiliche und steuerliche Abmeldung vorzunehmen und auch das sonst noch in dieser Hinsicht Erforderliche zu veranlassen.

Im übrigen sind diese Juden durch das jeweils zuständige Landratsamt so rechtzeitig zu einem Transport zusammenzustellen und in Marsch zu setzen, dass sie spätestens am Freitag, dem 28.8.42, um 18.00 Uhr in Frankfurt/Main-

Jüdisches Altersheim Rechnergrabenstr. 18 - 20  
eintreffen. (Marschweg: Ffm. Hbf. über Wiesenhüttenstr., Hermann-Göring-Ufer, Mainkai, Schöne Aussicht, Mainluststrasse zur Rechnergrabenstrasse).

Das Eintreffen des Transportes ist dem wachhabenden Beamten meiner Dienststelle in dem jüdischen Altersheim durch den aufsichtsführenden begleitenden Polizeibeamten sofort zu melden. Bei Transporten mit über 25 Juden kann nach Eintreffen in Frankfurt/M. Hbf. auf Anruf hin - jüdisches Altersheim Rechnergrabenstrasse, Fernruf 23674 - ein LKW zum Abholen des Gepäcks bereitgestellt werden. Juden, die in der Gehfähigkeit stark behindert sind, können in Begleitung eines Polizeibeamten die Strassenbahn von Frankfurt/M. Hbf. bis zum Dominikanerplatz



(Linie 14 oder 18) benutzen. Für Juden, die nicht mit der Strassenbahn befördert werden können, steht ein LKW im jüdischen Altersheim im Rechneigrabenstr. - Fernruf 23674- bereit. Sonst ist im Hinblick auf die in Frankfurt/M. herrschende schwierige Verkehrslage der Weg zur Rechneigrabenstr. unbedingt zu Fuss zurückzulegen.

Ich bitte, den einzelnen Transporten in ausreichender Zahl Polizeibeamte als Begleiter mitzugeben, damit der Transport in Ruhe und Ordnung verläuft. Falls erforderlich, ist vorher mit der zuständigen Reichsbahnbehörde wegen Bereitstellung von ausreichendem Platz in den fahrplanmässigen Zügen zu verhandeln. Der Fahrpreis vom Wohnort zur Sammelstelle Frankfurt/M. ist nach Möglichkeit von den Juden selbst zu<sup>be-</sup>zahlen. Ferner soll jeder Evakuierende möglichst im Besitze von 50.- RM. in grossen Scheinen sein. Fehlende Beträge werden hier ergänzt, während die Kosten für diejenigen Personen, die nicht aus eigenen Mitteln eine Fahrkarte nach Frankfurt/M. kaufen können, durch das zuständige Landratsamt bevorschusst werden. Diese Aufwendungen sind nach Abschluss der Aktion mit anderen im Zusammenhang mit der Evakuierung entstandenen Auslagen der Staatspolizeistelle Frankfurt/M. zur Erstattung einzureichen. Die Belege werden hier in doppelter Ausfertigung benötigt. Die Reisekosten der eingesetzten Polizeibeamten werden ebenfalls gegen Vorlage der vorschriftsmässigen Reisekostenrechnung von der Staatspolizei übernommen.

Bevor die Juden nach Frankfurt/M. abtransportiert werden, müssen sie von Polizeibeamten in ihrer Wohnung aufgesucht werden. In den Wohnungen haben die Beamten zunächst den Juden die beiliegende "Staatspolizeiliche Verfügung" vorzulesen und dann weiter gemäss den Weisungen in dem "Merkblatt" zu handeln. Das Merkblatt ist entsprechend den örtlichen Verhältnissen in den Landkreisen zu verwerten. Unwesentliche Abweichungen werden sich nicht immer vermeiden lassen, da es speziell auf Frankfurt/M. zugeschnitten ist.

Ich bitte darauf zu achten, dass die Juden nur das notwendigste Gepäck mitnehmen, möglichst nur einen Rucksack oder einen kleinen Koffer, an dem sich die Schlüssel befinden müssen, sowie eine Decke mit Bettbezug.

Die Juden haben Reiseverpflegung für 2 Tage bei sich zu führen. Während des Aufenthalts in Frankfurt/M. erhalten die Juden Gemeinschaftsverpflegung. Das von den Juden mitgeführte Gepäck ist von dem Polizeibeamten zu durchsuchen und danach zu versiegeln.

**N 24**



Die Koffer sind nicht zu beschriften, sondern der Eigentümer ist durch Anhängen oder Aufkleben von Zetteln ersichtlich zu machen. Einzelheiten bitte ich aus dem Merkblatt zu entnehmen. Nach Verlassen der Wohnung sind die Türen zu verschliessen und der Haupteingang zur Wohnung zu versiegeln. Die Schlüssel sind auf den zuständigen Landratsamt zu sammeln und gut aufzubewahren. Sie werden zu gegebener Zeit von den einzelnen zuständigen Finanzämtern angefordert werden. Diesen Finanzämtern obliegt später die Verwertung des dem Deutschen Reich verfallenen jüdischen Eigentums.

Der beiliegende Verhandlungsvordruck ist für jede Familie bzw. für jede selbständige Einzelperson auszufüllen. Die einzelnen Punkte über die Entgegennahme der Vermögensverzeichnisse, von Geld, Devisen etc., Personalpapieren, Lebensmittelkarten usw. sind genau zu beachten. Alle diese Sachen sind zusammen mit dem Vermögensverzeichnis nach Frankfurt/M. durch die begleitenden Polizeibeamten mitzunehmen. Auf dem Vordruck wird später an der Sammelstelle in Frankfurt/Main den einzelnen Beamten die Abgabe dieser Gegenstände bestätigt.

Sollte ein Jude aus Anlass der Evakuierung Selbstmord begangen, so ist sinngemäss genau so zu verfahren, als wenn er abtransportiert worden wäre. Ich bitte jedoch, den erfolgten Freitod auf dem Verhandlungsbogen ausdrücklich zu vermerken.

Schliesslich bitte ich nochmals um genaueste Befolgung der Richtlinien. Sollten sich in dem einen oder anderen Falle Schwierigkeiten ergeben, so bitte ich, rechtzeitig bei meiner sachbearbeitenden Dienststelle, Erin.Komm. Nellen, Fernruf 70261, Nebenschluss 68-69 anzufragen.

Die jeweils zuständigen Kreisleiter bitte ich von der beabsichtigten Evakuierung zu unterrichten.

In Frankfurt/M. wird die Aktion durch die Staatspolizeistelle selbst und in Wiesbaden durch meine Aussendienststelle durchgeführt.

Juden, die nicht unter die vorstehend aufgeführten Evakuierungsbestimmungen fallen, jedoch den Anweisungen in meinen Rundschreiben vom 4.6.42 - II B 2/8256/42- betr. Evakuierung von Juden nach dem Osten entsprechen, sind ebenfalls nach Frankfurt a.M. zu überführen und polizeilich abzumelden. Sie sind gleichzeitig in das jüdische Altersheim-Reichneigrabenstrasse einzuliefern. Diesen Juden ist zur Übersiedlung nach Frankfurt/M. nicht mehr Gepäck mitzugeben, als sie zu einer späteren Evakuierung nach dem Osten benötigen. Sie sind auch in vermögensrechtlicher Hinsicht bereits genau so zu behandeln, als ob ihre



Evakuierung unmittelbar bevorstünde.

Nach Durchführung dieser Aktion dürfen alle Landratsämter frei von sämtlichen Juden sein, die gemäss den Richtlinien in meinen Rundschreiben von 4.6.42 - II B 2 -8256/42 - und nach den heutigen Anweisungen einer Evakuierung unterliegen.

Die noch zurückbleibenden Juden und Mischlinge I, letztere nur so weit, sie nicht mit einer deutschblütigen Person verheiratet sind, bitte ich mir bis zum 10.9.42 namentlich zu melden.



gez. P o c h e.

Beglaubigt:

*[Signature]*  
Kanzleiangestellte.

An

den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden (nachrichtlich)

den Herrn Polizeipräsidenten in Frankfurt a.M. "

den Herrn Polizeipräsidenten in Wiesbaden "

die Herren Landräte des Stapobereichs

die Gauleitung der NSDAP in Frankfurt a.M.

zu Hd.d. Gaustellenleiters Reysch

*V. 2409/42* **Sofort!**

*R. L. mit allen Unterlagen v. R.*

*zum Gen.-L. Hager, für*

*mit dem ~~Leiter~~ im Kommando auf dem ersten Überflieger  
eingesetzt. Auf der mehrfachen Kommando zur Festsetzung der  
des Kommando mit eingesetzt ist führen in Folge.*

*Hager: H. d. 24. VII. 42*

**IV. 26**

*mit 24. VII. 42*

*[Signature]*



Gendarmerie-Kreis  
Main-Taunus  
Reg. Bezirk Wiesbaden

Frankfurt a. M., Höchst, den 21. 9. 42

rt Wiesbaden

N dem Herrn Comitant  
Zuwendung. Der Abrechnung ist beigefügt.  
Zusammenstellung sind wir zu erhalten.  
Zusammen sind bereits beigefügt.  
Bestätigung der Spenden von Bager,  
werden beigefügt.

**IV 27**

M e r k b l a t t

für eingesetzte Beamte.

Aus dem Stapobezirk Frankfurt a.M. werden Juden nach dem Osten evakuiert. Sie sind für die Durchführung dieser Aktion abgestellt und haben sich entsprechend den Anweisungen dieses Merkblattes und der mündlich erteilten Instruktionen zu verhalten.

Ich erwarte, dass Sie mit der notwendigen Härte, Korrektheit und Sorgfalt diesen Befehl ausführen.

Ausgewiesen werden nur Volljuden. Staatenlose Juden werden grundsätzlich wie deutsche Staatsangehörige behandelt. Die Juden werden versucht Sie durch Bitten oder Drohungen oder sonst etwas weich zu stimmen oder sich widerspenstig zeigen. Sie dürfen sich dadurch in keiner Weise beeinflussen und in der Ausführung Ihrer Pflichten hindern lassen.

Diese Anweisungen können natürlich nur allgemein sein. Im Einzelfall werden Sie deshalb zu entscheiden haben, was erforderlich ist, um eine ordnungsgemäße Abwicklung zu gewährleisten. Soweit ein Fernsprechapparat in der Nähe ist, können Sie auch bei der Staatspolizeistelle Frankfurt a.M. Rückfrage halten. Ein Verzeichnis mit den erforderlichen Fernsprechnummern ist beigelegt.

Sie verfahren folgendermassen:

1.) Sie begeben sich zu der festgelegten Zeit in die Ihnen zugewiesenen Judenwohnungen. Falls die Juden Ihnen den Eintritt verweigern und nicht öffnen, bleibt einer von Ihnen an der Wohnung, während der andere sofort das nächste Polizeirevier benachrichtigt.

In der Judenwohnung rufen Sie sämtliche Familienangehörigen zusammen und verlesen ihnen die "staatspolizeiliche Verfügung", die Ihnen ebenfalls mit dem Merkblatt ausgehändigt worden ist.

Die Juden haben nunmehr in einem Raum zu bleiben, den Sie ihnen anweisen. Ein zweiter Beamter bleibt während der ganzen Zeit mit den Familienangehörigen des Juden zusammen. Sie selbst wenden sich an den Haushaltsvorstand der Judenfamilie.

2.) Mit dem Haushaltsvorstand gehen Sie durch die Wohnung. Soweit geheizte Ofen vorhanden sind, ist nicht mehr nachzulegen. Handelt es sich um Dauerbrandöfen (Kachelöfen oder ähnliches), so ist die Ofentür aufzuschrauben, damit das Feuer noch in der Zeit, die sie in der Judenwohnung sind, ausgeht. Wenn Sie die Wohnung verlassen, muss das Feuer gelöscht sein.



3.) Alsdann machen Sie sich mit dem Haushaltungsvorstand daran, den Koffer oder den Rucksack zu packen. Sie müssen dabei beachten, dass nur das in der "Staatspolizeilichen Verfügung" Vorgesehene mitgenommen wird. Sie sind dafür verantwortlich, dass Wertgegenstände usw., die nach der Verfügung nicht mitgenommen werden dürfen, auch nicht in den Koffer gepackt werden. Der Koffer ist alsdann von Ihnen mit einem Siegelstreifen zu sichern. Soweit Rückfragen bei anderen Familienmitgliedern erforderlich, gehen Sie mit dem Haushaltungsvorstand wieder in den Raum, in dem sich alle Juden aufhalten, zurück und lassen sich sagen, was sonst gepackt werden soll. Notfalls lassen Sie den Haushaltungsvorstand da und gehen mit der Jüdin oder einem anderen Familienmitglied packen. Es muss jedoch auf jeden Fall dafür gesorgt sein, dass die übrigen Familienmitglieder auch unter Aufsicht stehen und nicht einen Augenblick allein sind.

4.) Die Wolldecken, die mitgenommen werden dürfen, müssen eingerollt oder doch so gelegt sein, dass sie ohne Schwierigkeiten transportiert werden können.

5.) Gehen Sie mit dem Haushaltungsvorstand durch die Wohnung (auch Keller- und Bodenräume) und stellen fest, was an Lebensmitteln (leicht verderblich) und lebendem Inventar in der Wohnung ist. Diese Sachen tragen Sie, wenn sich das möglich machen lässt, mit dem Haushaltungsvorstand auf den Flur zusammen. Sie benachrichtigen die NSV. und lassen die Sachen abtransportieren.

6.) Wertgegenstände, Sparbücher, Wertpapiere, Schmuckgegenstände und Bargeldbeträge, die über die Freigrenze hinaus gehen, hat der Jude zusammenzutragen. Diese Gegenstände oder Werte sind von dem Beamten entgegenzunehmen, in ein Verzeichnis einzutragen und in einem Säckchen oder Umschlag zu verpacken. Dieses Behältnis ist zu verschliessen und auf der Vorderseite mit Vor- und Zunamen, Wohnort und der Wohnung des Eigentümers zu versehen. Das Verzeichnis ist von dem Beamten und Juden auf seine Vollständigkeit zu prüfen und unterschrieben anzuerkennen. Das was mitgenommen wird, ist in dem Verhandlungsformular ebenfalls ersichtlich zu machen.

Für jeden Haushaltungsvorstand oder selbständigen Juden ist die beigegefügte Verhandlung auszufüllen und von dem Juden und Beamten mit seiner Unterschrift zu versehen.



- 7.) Lassen Sie sich von dem Juden die Personalpapiere zeigen, die bei der Sammelstelle abzuliefern sind.
- 8.) Sämtliche Sachen (~~Koffer, Wohnungsschlüssel, die Sie abziehen~~) sind mit haltbaren Schildern zu versehen, auf denen Name und genaue Wohnungsangabe des jüd. Eigentümers anzugeben sind. Diese Schilder müssen so fest angebracht sein, daß sie auf keinen Fall abgehen können. Die Beschriftung muß deutlich lesbar sein, die Schilder müssen Sie noch in der Wohnung fertig machen und an den genannten Gegenständen befestigen. Außerdem muß jeder Jude ein Schild um den Hals tragen, auf dem sein Name, Geburtstag und Kennkartennummer angegeben sind.
- 9.) Sind Sie dann mit der Sichtung der Wohnung, Boden- und Kellerräume, die - wie ich noch einmal betonen muß - nur gemeinsam mit dem jüd. Haushaltungsvorstand vorgenommen werden darf, fertig, dann bringt ein Beamter die Juden zum befohlenen Sammelplatz.
- Ich weise darauf hin, daß zu diesem Zeitpunkt aber auch alles in der Wohnung geregelt sein muß. Es ist zu beachten, daß
- a) die Haustiere (Hunde, Katzen, Singvögel usw.) übergeben,
  - b) verderbliche Lebensmittel der NSV. zur Verfügung gestellt sind,
  - c) das offene Feuer gelöscht ist,
  - d) Wasser und Gasleitung abgestellt ist,
  - e) elektrische Sicherungen herausgeschraubt sind,
  - f) die Schlüssel der Wohnungen zusammengebunden und mit einem Anhängeschild versehen sind, auf dem Name, Wohnort und Straße des Juden vermerkt und
  - g) die Juden, soweit möglich, vor Abgang nach Waffen, Munition, Sprengstoffen u. Gift durchsucht sind,
  - h) die Vermögenserklärung ausgefüllt und unterschrieben ist.
- 10.) Nach Verlassen der Wohnung ist der Zugang zur Wohnung von dem Beamten zu verschließen und zu versiegeln.
- 11.) Bei der Überstellung im Sammelraum sind zugleich die in Verwahr genommenen Gegenstände und Werte, die Formulare, Merkblätter, Beschlagnahmeverfügungen und die Verhandlungen abzuliefern.
- 12.) Ausschreitungen sind auf jeden Fall zu verhindern.

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle  
Frankfurt a.M.

gez. P o c h e

*Karr*  
Kanzlei-Angestellte.





Telefonverzeichnis

Staatspolizeistelle . . . . . Sammelnummer . . . 70261  
 Einzelnummer . . . 72944  
 74948  
 76959  
 78984  
 74067

Einsatzstab (Stapo-Dienstgebäude)

Regierungsrat P o c h e . . . . . Nebenstelle 35  
 Krim.Rat G r o s s e . . . . . " 22  
 Kraftwagenanforderung . . . . . " 39

Befehlsstelle I (Stapo-Dienstgebäude, Zimmer 25)

Krim.Komm. N e l l e n . . . . . Nebenstelle 33

Befehlsstelle II (Sammelstelle Großmarkthalle)

Krim.Komm. K n a p p . . . . . Telefon 47054

Pol.Revier 1, Klingerstraße 17 . . . . . 21059  
 " 2, Eichwaldstraße 27 . . . . . 41059  
 " 3, Merianstraße 26 . . . . . 42059  
 " 4, Ziegelgasse 22 . . . . . 22059  
 " 5, Hölderlinstraße 16 . . . . . 43059  
 " 6, Dortelweilerstraße 2-4 . . . . . 44059  
 " 7, Pfortenstraße 1 . . . . . 84540  
 " 8, Oberweg 24 . . . . . 54059  
 " 9, Unterlinden 11 . . . . . 71059  
 " 10, Kurfürstenstraße 10 . . . . . 72059  
 " 11, Röderichstraße 43 . . . . . 73059  
 " 12, Eckenheimerlandstraße . . . . . 91059  
 " 13, Langheckenweg 2 . . . . . 92059  
 " 14, In der Römerstraße 72 . . . . . 53039  
 " 15, Wiesenhüttenplatz 37 . . . . . 31059  
 " 16, Alte Falterstraße 18a . . . . . 74059  
 " 17, Bolongarostraße 109 . . . . . 12536  
 " 18, Unterliederbach . . . . . 13436  
 " 19, Bismarck-Allee 60 . . . . . 75059  
 " 20, Mainzerlandstraße 148 . . . . . 76059  
 " 21, Bruchfeldstraße 4-6 . . . . . 61059  
 " 22, Cranechstraße 6 . . . . . 62059  
 " 23, Darmstädterlandstraße 82 . . . . . 63059  
 " 24, Offenbacherlandstraße 365 . . . . . 64059

Polizeiarzt, Gutleutkaserne, Telefon 20015, Nebenstelle 8195 *8242*

Luftschutz S Lu., Pol.Präsidium, Tel. 20015, Nebenstelle 8249

NSV - (Abholung von Lebensmittel und Haustieren) . . . . . 30216

Rettungswache . . . . . 29944



Anlage 1

Staatspolizeiliche Verfügung.

Es wird Ihnen hiermit eröffnet, dass Sie innerhalb von 2 Stunden Ihre Wohnung zu verlassen haben. Die beauftragten Beamten sind gehalten, bis Sie Ihre Koffer gepackt und Ihre Wohnung ordnungsmässig hergerichtet haben, bei Ihnen zu bleiben und Sie alsdann zum Sammelplatz zu bringen. Sie werden ersucht, die Schlüssel an sämtlichen Behältnissen, Schränken usw. stecken zu lassen; ebenso die inneren Wohnungsschlüssel. Soweit Sie die Schlüssel an einem besonderen Schlüsselbund haben, sind sie von diesem abzumachen und an das Behältnis, zu dem sie gehören, zu stecken. Den Haus- und Korridorschlüssel haben sie mit einem Bändchen und einem daran befestigten Stück Pappe zu versehen und Ihren Namen und Wohnung und Kennnummer darauf zu schreiben. Diese Schlüssel haben Sie dem beauftragten Beamten zu übergeben. Vor Verlassen der Wohnung ist das Ihnen ausgehandigte Vermögensverzeichnis genauestens ausgefüllt und unterschrieben abzugeben.

Sie haben mitzunehmen:

- 1.) Zahlungsmittel RM 50,—
- 2.) Rucksack oder Handgepäck mit Wasche und sonstigem zur einfachen Lebensführung notwendigen Gerät.
- 3.) Vollständige Bekleidung (es können auch zwei Mäntel und doppelte Unterwäsche angezogen werden).
- 4.) Verpflegung für mehrere Tage, Essbesteck, Teller, Napf, Trinkbecher, Trinkflasche.
- 5.) Reisepass, Kennkarte, Arbeits- und sonstige Ausweispapiere sowie Lebensmittelmarken, Kartoffel- und Kohlenbezugsscheine. Sie dürfen nicht eingepackt werden, sondern sind von jeder Person bei sich zu führen.

Nicht mitgenommen werden dürfen:

Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw. sowie Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin) ebenfalls kein lebendes Inventar.

Der Ehering sowie eine einfache Uhr dürfen mitgenommen werden.

Wertsachen und Edelmetalle sind in ein Säckchen oder Umschlag zu legen und den Beamten zu übergeben. Es ist mit genauer Anschrift und Kennnummer zu versehen. Über den Inhalt des Säckchens ist ein Verzeichnis aufzustellen, das von dem Beamten und Festgenommenen zu unterschreiben ist. Das Säckchen, die Schlüssel, Personalpapiere, Lebensmittelkarten usw. sind zur Sammelstelle mitzubringen und dort zu übergeben.

Das mitzunehmende Gepäck ist mit einem Schild zu versehen, das in deutlicher Schrift Ihren Namen, Geburtstag und --ort und Wohnung und Kennnummer enthält; das hier verbleibende lebende Inventar ist ebenfalls mit einem Schildchen zu versehen, das Ihren Namen und Wohnung in Frankfurt a.M. angibt. Ausserdem haben Sie sich selbst ein Schild um den Hals zu hängen, auf dem Ihr Name und Geburtstag angegeben sind sowie Kennnummer.

Allen Anordnungen derjenigen, die Ihnen diese Verfügung bekanntgeben, haben Sie unbedingt und ohne Widerspruch Folge zu leisten und jede geforderte Auskunft zu erteilen, andernfalls Sie mit schweren Strafen belegt werden. Diese Verfügung ist für ihren Inhaber zugleich Ausweis.

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Frankfurt a.M.

gez. P o c h e  
Beglaubigt:

Kanzleiangestellte.



IV 32



V e r h a n d l u n g.

- 1.) Der - Die - Jude - Jüdin .....  
geb. am ..... in ..... und seine Ehefrau  
..... geb. .... in .....  
sowie Kinder 1.) ..... geb. ....  
2.) ..... geb. ....

wurden heute von mir zwecks Evakuierung nach dem Osten dem  
Sammellager überstellt.

- 2.) Die Vermögensverzeichnisse sind aufgestellt und beigelegt.

- 3.) An Geld, Devisen, Wertpapieren und Schmuckgegenständen aus  
Edelmetallen, die nicht ausfuhrfrei sind, habe ich übernommen  
(bes. Verzeichnis liegt bei):  
.....  
.....  
.....

- 4.) Personalpapiere, Lebensmittelkarten, Bezugscheine usw, hat  
der Evakuierte bei sich.

- 5.) Anderen Stellen habe ich zur Aufbewahrung bzw. Verwertung  
übergeben:

Bezeichnung:

Abgabestelle:

- 6.) Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätszufuhr wurde abgestellt.  
Das offene Feuer gelöscht. Die Fenster sind geschlossen.

- 7.) Die Wohnung wurde von mir verschlossen und versiegelt. Die  
Schlüssel wurden mit einem Anhänger versehen und befinden  
sich in beiliegendem Umschlag.

- 8.) Bei Verlassen der Wohnung befinden sich in ihr weder Haus-  
tiere (Hunde, Katzen, Singvögel etc.) noch leicht verderb-  
liche Genussmittel.

9.) Besondere Bemerkungen: .....

(Unterschrift d. Evakuierten)

(Unterschrift des Beamten)

*F. Müller*  
(Dienstgrad u. Dienststelle)

Transportführer zur Sammelstelle: .....  
(Unterschrift)

.....  
(Dienststelle)

Übergabevermerke in der Sammelstelle: Unterschrift d. an- bzw.  
abnehmenden Beamten:

1. Annahmestelle, Liste Nr. .....

2. Geldabnahmestelle

Abgenommen 50.- RM .....

3. Durchsuchungsstelle Männl. Pers.: Weibl. Pers. und Kinder:

a) Durchsucht von .....

b) Sicherergestellt: .....

4. Gerichtsvollzieherstelle

Verfügung über Vermögenseinzziehung zugestellt:

5. Finanzamt

Vermögensverzeichnisse, Wert-  
gegenstände mit Verzeichnis  
u. Wohnungsschlüssel erhalten: .....

6. Ernährungsamt

Lebensmittelkarten usw. in  
Empfang genommen: .....

7. Personalpapier u. Stempelstelle:

a) Kennkarte überstempelt:

b) Personalpapiere pp. abgenom-  
men und beigelegt: .....

8. Schlussstelle

a) Namensverzeichnis abgestrichen: .....

b) Einsatzbefehl, Merkblatt,  
Staatspol. Verfügung erhal-  
ten und beigelegt: .....



Verzeichnis der am 1.9.42 bzw. 28.8.42 zu evakuierenden Juden!

a.) <u>Hattersheim</u>	2 {	1.) Grünebaum, Theodor Israel	(77)	<i>lange</i>
		2.) " Minna Sara, geb.?	(75)	
b.) <u>Flörsheim</u>	6 {	3.) Altmaier, Bertha Sara, geb. Dietz	(73)	
		4.) Gerson, Robert Israel	(51)	
		5.) " Paula Sara, geb. Altmaier	(47)	<i>Flora</i>
		6.) Metzger, Julius Israel	(67)	
		7.) " Billa Sara, geb. Nathan	(66)	
		8.) Weil, Emma Sara, geb. Bodenheimer	(74)	
c.) <u>Wallau</u>	2 {	9.) Falk, Willi Israel	(61)	<i>Gesamann Kleinmann</i>
		10.) Thalheimer, Rosa Sara, geb. Friedmann	(71)	
d.) <u>Nordenstadt</u>	2 {	11.) Schönfeld, Clementine Sara, geb. Nachmann	(66)	<i>Kleinmann</i>
		12.) Joseph, Josef Israel	(66)	<i>Kaiser</i>
e.) <u>Delkenheim</u>	2 {	13.) Mai, Abraham Isreal	(80)	<i>Kaiser Doppel</i>
		14.) " Clementine Sara, geb. Kehrmann	(74)	
f.) <u>Hofheim</u>	2 {	15.) Oppenheimer, Adolf Israel	(70)	<i>Kleinmann</i>
		16.) " Hermine Sara, geb. Nachmann	(68)	
g.) <u>Kriftel</u>	1 {	17.) Nassauer, Emma Sara, geb. Adler.	(66)	<i>Kleinmann</i>

1.) An  
den Herrn Regierungspräsidenten  
in Wiesbaden.

Betrifft: Judenbewegung.

Verfügung vom 21.6.1938-I 3 P.Nr. 1038/38-

Nachweisung.

über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Kopfzahl am 30.6.42A	Zugang durch		Abgang durch			Kopfzahl am 30.9.42
	Zuzug	Geburt	Veränderung des Wohnsitzes im Innland.	Abwanderung	Tod	
25	-	-	-	17	-	8
		0		17		

*Es handelt sich bei den jüdischen auf der linken Seite um jüdische, die in der rechten Seite jüdische  
nicht jüdische. Die jüdische Bevölkerung ist in der linken Seite jüdische, die in der rechten Seite jüdische  
xxx (24.5.42, 20.5.42) 32/2 24.5.42 24.5.42 24.5.42 24.5.42 24.5.42 24.5.42 24.5.42 24.5.42 24.5.42 xxx*

2.) Zu den Akten. (24-14 b.)

*von 2 P. Appelfeller  
Hilfte in Nürnberg, 8. September  
in Lini angegeben, falls bekannt.*



# Main-Taunuskreis

Ofd. Nr.	Namen	Kopf- zahl	Zugang durch	Abgang Verst. des Ab- st. 1900 1901 1902	durch	Kopf- zahl	Ofd. Nr.	Namen	Kopf- zahl	Zugang durch	Abgang Verst. des Ab- st. 1900 1901 1902	durch	Kopf- zahl
		30.6.97	Zugang	Geburt	1900	30.6.97			30.6.97	Zugang	Geburt	1900	30.6.97
	<u>Städte</u>							<u>Übersicht:</u>	19	-	-	-	13 - 6
1.	Hochheim a. M.	.	.	.	.	.	25.	Medenbach . .	.	.	.	.	.
2.	Hofheim a. T.	2	-	-	-	2 - 0	26.	Naurod . . .	.	.	.	.	.
3.	Kellheim . . .	.	.	.	.	.	27.	Neuenhain . .	1	-	-	-	- 1
	<u>Sandgemeinden</u>						28.	Niederhöchstadt.	.	.	.	.	.
4.	Altenhain . .	.	.	.	.	.	29.	Niederhofheim .	.	.	.	.	.
5.	Auringen . .	.	.	.	.	.	30.	Niederjosbach .	.	.	.	.	.
6.	Breckenheim .	.	.	.	.	.	31.	Niedernhausen .	.	.	.	.	.
7.	Bremthal . .	.	.	.	.	.	32.	Niederreifenberg	.	.	.	.	.
8.	Bad Soden T.	.	.	.	.	.	33.	Nordenstadt . .	3	-	-	-	2 - 1
9.	Delkenheim . .	2	-	-	-	2 - 0	34.	Oberems . . .	.	.	.	.	.
10.	Diedenberg . .	.	.	.	.	.	35.	Oberliederbach .	.	.	.	.	.
11.	Eddersheim . .	.	.	.	.	.	36.	<del>St.</del> Freienberg .	.	.	.	.	.
12.	Ehlhalten . .	.	.	.	.	.	37.	Okriftel . . .	.	.	.	.	.
13.	Eppenhain . .	.	.	.	.	.	38.	Ruppertsheim .	.	.	.	.	.
14.	Eppstein . . .	.	.	.	.	.	39.	Schloßborn . .	.	.	.	.	.
15.	Eschborn . . .	1	-	-	-	- 1	40.	Schwalbach T.	.	.	.	.	.
16.	Fischbach . .	1	-	-	-	- 1	41.	Sulzbach a. T.	.	.	.	.	.
17.	Flörsheim a. M.	7	-	-	-	6 - 1	42.	Vockenhausen .	.	.	.	.	.
18.	Glashütten . .	.	.	.	.	.	43.	Wallau . . .	2	-	-	-	2 - 0
19.	Hattersheim .	5	-	-	-	2 - 3	44.	Weilbach . . .	.	.	.	.	.
20.	Königshofen .	.	.	.	.	.	45.	Wicker . . .	.	.	.	.	.
21.	Kriftel . . .	1	-	-	-	1 - 0	46.	Wildsachsen . .	.	.	.	.	.
22.	Langenhain . .	.	.	.	.	.		<u>Insgesamt:</u>	25	-	-	-	17 - 8
23.	Lorsbach . . .	.	.	.	.	.							
24.	Massenheim . .	.	.	.	.	.							
	<u>Übersicht:</u>	19	-	-	-	13 - 6							

1.) An den  
Herrn Regierungspräsidenten  
in W i e s b a d e n .

Betrifft: Judenbewegung.

Verfügung vom 21.6.1938-I 3 P.Nr. 1038/38-

Nachweisung  
über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung im Main-  
Taunuskreis.

*6/17 ha*  
*-6. Jan. 1943*

Kopfzahl am 30.9.42.	Zugang durch		Abgang durch		Tod	Kopfzahl am 31.12. 42.
	Zuzug	Geburt	Veränderung des Wohnsitz. im Innland	Abwanderung		
8	-	-	-	-	1	7
	0		1			

2.) Zu den Akten ( 24-14b )

*F. Sch.*

*h*



# Main-Taunuskreis

Efd. Nr.	Namen	Zugang					Efd. Nr.	Namen	Abgang				
		Kopf- zahl	durch Zug	Ver- f. d. d. d.	Ab- zug	Ab- zug			Kopf- zahl	durch Zug	Ver- f. d. d. d.	Ab- zug	Ab- zug
	<u>Städte</u>							<u>Übertrag:</u>	6	-	-	-	5
1.	Hochheim a. M.	-	-	-	-	-	25.	Medenbach . . .	-	-	-	-	-
2.	Hofheim a. T.	-	-	-	-	-	26.	Naurod . . .	-	-	-	-	-
3.	Kellheim . . .	-	-	-	-	-	27.	Neuenhain . . .	1	-	-	-	1
	<u>Landgemeinden</u>						28.	Niederhöchstadt .	-	-	-	-	-
4.	Altenhain . . .	-	-	-	-	-	29.	Niederhofheim .	-	-	-	-	-
5.	Auringen . . .	-	-	-	-	-	30.	Niederjosbach .	-	-	-	-	-
6.	Breckenheim .	-	-	-	-	-	31.	Niedernhausen .	-	-	-	-	-
7.	Bremthal . . .	-	-	-	-	-	32.	<del>Niederreifenberg</del>	-	-	-	-	-
8.	Bad Soden T.	-	-	-	-	-	33.	Nordenstadt . .	1	-	-	-	1
9.	Delkenheim . .	-	-	-	-	-	34.	Oberems . . .	-	-	-	-	-
10.	Diedenberg . .	-	-	-	-	-	35.	Oberliederbach .	-	-	-	-	-
11.	Eddersheim . .	-	-	-	-	-	36.	<del>Ob. Reifenberg</del>	-	-	-	-	-
12.	Ehlhalten . . .	-	-	-	-	-	37.	Okriftel . . .	-	-	-	-	-
13.	Eppenhain . . .	-	-	-	-	-	38.	Ruppertsheim . .	-	-	-	-	-
14.	Eppstein . . .	-	-	-	-	-	39.	Schloßborn . . .	-	-	-	-	-
15.	Eschborn . . .	1	-	-	-	1	40.	Schwalbach T.	-	-	-	-	-
16.	Fischbach . . .	1	-	-	-	1	41.	Sulzbach a. T.	-	-	-	-	-
17.	Flörsheim a. M.	1	-	-	-	1	42.	Voßenhausen . .	-	-	-	-	-
18.	Glashütten . .	-	-	-	-	-	43.	Wallau . . .	-	-	-	-	-
19.	Hattersheim . .	3	-	-	-	1 2	44.	Weilbach . . .	-	-	-	-	-
20.	Königshofen . .	-	-	-	-	-	45.	Wicker . . .	-	-	-	-	-
21.	Kristel . . .	-	-	-	-	-	46.	Wildsachsen . .	-	-	-	-	-
22.	Langenhain . .	-	-	-	-	-	<u>insgesamt</u> 8						
23.	Lorsbach . . .	-	-	-	-	-						1	7
24.	Massenheim . .	-	-	-	-	-							
	<u>Übertrag:</u>	6	-	-	-	1 5							

Der Landrat  
des Main-Taunus-Kreises.  
V.J.

Ffm.-Höchst, den 5.4.1943.

1.) An den

Herrn Regierungspräsidenten

in W i e s b a d e n .

- 6. Apr. 1943

Betrifft: Judenbewegung.

Verfügung vom 21.6.1938-I 3 P.Nr. 1038/38-

Nachweisung

über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Kopfzahl am 31.12.42.	Zugang durch		Abgang durch			Kopfzahl am 31.3.43.
	Zuzug	Geburt	Veränderung des Wohnsitz im Innland	Abwanderung	Tod	
7	-	-	1	-	-	6
#		0	i			#

2.) Zu den Akten (24-14b)

IV 42



# Main-Taunuskreis

Lfd. Nr.	N a m e n	Zugang durch			Abgang durch			Kopfzahl am 31.3.43
		Kopfzahl am 31.12.42	Zugang	Gehört	Veränder. d. Wohns.	Abwanderung	Tot	
	<b>a) Städte</b>							
1.	Hochheim a. M. . . .	-	-	-	-	-	-	-
2.	Hofheim a. T.S. . . .	-	-	-	-	-	-	-
	<b>b) Landgemeinden</b>							
3.	Altenhain . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
4.	Auringen . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
5.	Bad Soden a. T.S. . .	-	-	-	-	-	-	-
6.	Breckenheim . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
7.	Bremthal . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
8.	Delkenheim . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
9.	Diedenberg . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
10.	Eddersheim . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
11.	Ehlhalten . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
12.	Eppenhain . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
13.	Eppstein . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
14.	Eschborn . . . . .	1	-	-	-	-	-	1
15.	Fischbach . . . . .	1	-	-	-	-	-	1
16.	Flörsheim a. M. . . .	1	-	-	1	-	-	-
17.	Glaßhütten . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
18.	Hattersheim . . . . .	2	-	-	-	-	-	2
19.	<del>Hornau</del> . . . . .	/	/	/	/	/	/	/
20.	Kellheim . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
21.	Königshofen . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
22.	Kristel . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
23.	Langenhain . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
24.	Lorsbach . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
	<b>Übertrag:</b>	5	-	-	1	-	-	4

**IV 40**

Dfd. Nr.	N a m e n	Kopfzahl Zuzug durch			Abzug durch			Kopfzahl am 31.12.43.
		am 31.12.42	Zuzug	Abzug	Veränder. d. Wohns.	Abzug:	Abzug:	
	Übertrag:	5	-	-	1	-	-	4
25.	Marxheim . . . .	-	-	-	-	-	-	-
26.	Massenheim . . . .	-	-	-	-	-	-	-
27.	Medenbach . . . .	-	-	-	-	-	-	-
28.	Münster i. T.S. . .	-	-	-	-	-	-	-
29.	Naurod . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
30.	Neuenhain . . . .	1	-	-	-	-	-	1
31.	Niederhöchstadt . .	-	-	-	-	-	-	-
32.	Niederhofheim . . .	-	-	-	-	-	-	-
33.	Niederjossbach . . .	-	-	-	-	-	-	-
34.	Niedernhausen . . .	-	-	-	-	-	-	-
35.	Niederreifenberg . .	-	-	-	-	-	-	-
36.	Nordenstadt . . . .	1	-	-	-	-	-	1
37.	Oberems . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
38.	Oberliederbach . . .	-	-	-	-	-	-	-
39.	Oberreifenberg . . .	-	-	-	-	-	-	-
40.	Okriftel . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
41.	Ruppertsheim . . . .	-	-	-	-	-	-	-
42.	Sulzbach a. T.S. . .	-	-	-	-	-	-	-
43.	Schloßborn . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
44.	Schwalbach a. T.S. .	-	-	-	-	-	-	-
45.	Voßenhausen . . . .	-	-	-	-	-	-	-
46.	Wallau . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
47.	Weilbach . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
48.	Wicker . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
49.	Wildsachsen . . . .	-	-	-	-	-	-	-
	insgesamt:	4	-	-	1	-	-	6

IV 41



Der Landrat  
des Main-Taunus-Kreises.  
V.J.

Ffm.-Höchst, den 7.7.1943.

- 1) An  
den Herrn Regierungspräsidenten  
in Wiesbaden.

Betr.: Judenbewegung.

Verfg. vom 21.6.1943 - I 3 P. Nr. 1038/38 -

Nachweisung  
über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis.

Kopfzahl am 1.4.43	Zugang		Abgang durch			Kopfzahl am 30.6.43
	Zuzug	durch Geburt	Veränderung des Wohnsitzes im Innland	Abwan- derung	Tod	
6	-	-	5	-	-	1
	0			5		2
	++++			++++		

- 2) Bürgermeister in Kornbach, Fischbach u. Eschborn erinnern.  
List: 3 Lage.

- 3) Zu den Akten (24-14b)

IV 44

# Main-Taunuskreis

Bfd. Nr.	N a m e n	Zugang durch						Bfd. Nr.	N a m e n	Abgang durch					
		Kopfzahl am 1.1.43	Zugang Geburt	Abgang Sterblichkeit	Abgang sonstige	Tod	Kopfzahl am 30.6.43			Kopfzahl am 1.1.43	Abgang Geburt	Abgang Sterblichkeit	Abgang sonstige	Tod	Kopfzahl am 30.6.43
	<u>Städte</u>								Übertrag	4	-	-	3	-	1
1.	Hochheim a. M.	-	-	-	-	-		25.	Medenbach . .	-	-	-	-	-	-
2.	Hofheim a. T.	-	-	-	-	-		26.	Naurod . . .	-	-	-	-	-	-
3.	Kellheim . . .	-	-	-	-	-		27.	Neuenhain . .	1	-	-	1	-	-
	<u>Landgemeinden</u>							28.	Niederhöchstadt	-	-	-	-	-	-
4.	Altenhain . .	-	-	-	-	-		29.	Niederhofheim .	-	-	-	-	-	-
5.	Auringen . .	-	-	-	-	-		30.	Niederjosbach .	-	-	-	-	-	-
6.	Bad Soden T.	-	-	-	-	-		31.	Niedernhausen .	-	-	-	-	-	-
7.	Brechenheim .	-	-	-	-	-		32.	Nordenstadt . .	1	-	-	1	-	-
8.	Bremthal . .	-	-	-	-	-		33.	Oberems . . .	-	-	-	-	-	-
9.	Dellenheim . .	-	-	-	-	-		34.	Oberliederbach .	-	-	-	-	-	-
10.	Diedenberg . .	-	-	-	-	-		35.	Okriftel . . .	-	-	-	-	-	-
11.	Eddersheim . .	-	-	-	-	-		36.	Reisenberg . .	-	-	-	-	-	-
12.	Ehlhalten . .	-	-	-	-	-		37.	Ruppertsheim .	-	-	-	-	-	-
13.	Eppenhain . .	-	-	-	-	-		38.	Schloßborn . .	-	-	-	-	-	-
14.	Eppstein . . .	-	-	-	-	-		39.	Schwalbach T.	-	-	-	-	-	-
15.	Eschborn . . .	1	-	1	-	-		40.	Sulzbach a. T.	-	-	-	-	-	-
16.	Fischbach . .	1	-	1	-	-		41.	Vockenhausen .	-	-	-	-	-	-
17.	Flörsheim a. M.	-	-	-	-	-		42.	Wallau . . .	-	-	-	-	-	-
18.	Glaßhütten . .	-	-	-	-	-		43.	Weilbach . . .	-	-	-	-	-	-
19.	Hattersheim . .	2	-	1	-	1		44.	Wicker . . .	-	-	-	-	-	-
20.	Königshofen .	-	-	-	-	-		45.	Wildsachsen . .	-	-	-	-	-	-
21.	Kriftel . . .	-	-	-	-	-			<u>Insgesamt</u>	6	-	-	5	-	1
22.	Langenhain . .	-	-	-	-	-									
23.	Lorsbach . . .	-	-	-	-	-									
24.	Massenheim .	-	-	-	-	-									
	Übertrag	4	-	3	-	1									

**IV 43**





Stadt FRANKFURT am Main  
~~Hauptverwaltungsamt~~  
Stadtkanzlei

*Polizeiverordnung über Zuzug von Juden  
nach Frankfurt a/M. - Judenbewegung in Hs.*

Akten Nr. **2201.**

Band Nr. **1.**

Anfang: **1934.**

Ende:

*Beauftragter der jüd. Hilfskommission*  
1. Abt. **7020/11.**



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Ake 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt



*H. Waff. klöckner*  
- 5. 6. 67

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

Frankfurt a/M., den 29. Januar 1941.

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

Einge- 31. Jan. 1941 Vm.

gesehen

Geheimes

zur Hand

Seit

An den

Herrn Oberbürgermeister Dr. Krebs

Frankfurt a/Main

Rathaus.

Der Stand der Judenbewegung in Frankfurt a/Main  
am 31.12.1940 ist folgender:

In der Zeit vom 1. Dezember 40 bis 31. Dezember 40  
sind verzogen:

1.) Von auswärts nach Frankfurt a/M. zugezogene Juden.....	50
2a) Von Frankfurt a/M. nach dem Auslande verzogene Juden.....	31
b) Von Frankfurt a/M. nach einer anderen deutschen Gemeinde verzogene Ju- den.....	19
	= 50

Mithin heben sich Zugang und Abgang auf.

Nach Angaben der Geheimen Staatspolizei, Staatspoli-  
zeistelle Frankfurt (Main) betrug die Gesamtzahl der noch in  
Frankfurt a/Main wohnhaften Juden nach dem Stande

vom 28.11.1940..... 11 449

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes Frank-  
furt a/Main sind im letzten Vierteljahr 9 Juden

in Frankfurt a/M. geboren..... 9

= 11 458

und 106 Juden verstorben..... 106

Mithin beträgt die Kopfzahl  
am 31.12.1940..... 11 352.

*Geheimes*

2207 Zuz 6

*Ka*



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Apfel 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67



*J. Hoff. Kitz*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

Der Polizeipräsident.  
Abt. II (M)

Frankfurt a/M., den 7. April 1941.

Hauptverwaltungsamt

9. Apr. 1941

9. Apr. 1941

An den Herrn Oberbürgermeister Dr. K r e b s

Frankfurt a/Main  
Rathaus.

Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a/M. in der Zeit vom 1.10.40  
bis 31.3.1941.

In dieser Zeit sind in Frankfurt a/M. zugezogen:

305 Juden

Verzogen sind:

a) nach dem Auslande ..... 163 Juden

b) nach anderen deutschen Orten.. 173 "

zusammen:

336 Juden

sodass in der Zeit vom 1.10.40

bis 31.3.41 .....

31 Juden

mehr abwanderten.

Kopfzahl am 31.3.1941 = 11 179.

Im Auftrag:

*[Handwritten signature]*

2207 Len Zug. 6

fy.  
14.41



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Akte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67



*H. Wolff. Kitz*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

Der Polizeipräsident.  
Abt. II (M)

Vorname: Belger  
Nachname: Belger  
Geburtsdatum: 1. Nov.  
Geburtsort: Frankfurt a/M.

Frankfurt a/M., den 7. Oktober 1941.

Hauptverwaltung  
Stadt Frankfurt am Main

Eingangsnummer: 7. Okt. 1941 Nm.

An den

Herrn Oberbürgermeister Dr. Krebs

Frankfurt a/M.

Rathaus.

Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a/M. in der Zeit vom 1.4.41 bis 30.9.1941.

In dieser Zeit sind in Frankfurt a/M. zugezogen: 181 Juden  
Verzogen sind:

a) nach dem Auslande ..... 299 Juden,

b) nach anderen deutschen Orten ..... 162 " = 461 Juden

sodass in der Zeit vom 1.4.41

bis 30.9.1941 .....

280 Juden

mehr abwanderten.

Kopfzahl am 30.9.41 = 10 694.

In Vertretung.

2207 Jung 6

✓ Belger →

4/10.41



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Ark 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt



*Dr. Wölff. 663*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

*Entwurf einer Akte*  
Niederschrift über die Besprechung  
bei dem Herrn Oberbürgermeister  
an . 1. September... 1948

betr.  
*Auftrag zur Förderung der...*  
*Stimmten für,*

s. Akten 7500, 4.1. 1. 2.



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Akt 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt



- 5. 6. 67

*H. Wolff. blz*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

Der Polizeipräsident.  
Abt. II - 72.20

Frankfurt a/M., den 9. April 1942.

An Herrn Oberbürgermeister Dr. Krebs  
Frankfurt a/Main  
Rathaus.

Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a/M. in der Zeit vom 1.10.41  
bis 31.3.42.

In der Zeit sind in Frankfurt a/M. zugezogen: 41 Juden  
Verzogen sind:

a) nach dem Auslande ..... 45 Juden

b) nach anderen deutschen Orten.. 468 " = 513 Juden.  
sodass in der Zeit vom 1.10.41

bis 31.3.42 ..... 472 Juden

mehr abwanderten.

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

Kopfzahl am 31.3.1942 = 6 817.

Einge-  
gangen: 11. Apr. 1942 Vm.

US-  
nummer:

Gelesen:

Zur Rück-  
sprache:

Sachbe-  
amter:

Im Auftrag:

*[Handwritten signatures and stamps]*  
2207

*[Handwritten mark]*



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Akte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt



*Dr. Wolff. Klotz*  
- 5. 6. 67

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

Der Polizeipräsident.  
Abt. II<sup>2</sup> - 72.20

Frankfurt a/M., den 8. Oktober 1942.

An den Herrn Oberbürgermeister Dr. Krebs  
Frankfurt a/Main  
Rathaus.

Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a/M. in der Zeit vom 1.4.42  
bis 30.9.1942.

In dieser Zeit sind in Frankfurt a/M. zugezogen: 23 Juden

a) nach dem Auslande ..... 4 Juden

b) nach anderen deutschen Orten ..373 "

zus. 377 Juden

Ausserdem sind evakuiert:

1.) Am 8.5.1942 ausgewandert unbek. 938 Juden

2.) Am 24.5.1942 " (Stapo) 930 "

3.) Am 11.6.1942 evakuiert (Stapo)	618	"
------------------------------------	-----	---

4.1 Am 18.8.1942	"	"	1016	"
------------------	---	---	------	---

5.1 Am 1.9.1942	"	"	1010	"
			588	"

6.) Am 15.9.1942 Wohnsitzverlegung  
nach Theresienstadt

nach Theresienstadt (Umsiedlung,  
Stano

Stapo ..... 1368

zus. 5835 Juden

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

Einge-  
gangen: 10. Okt. 1942 Vm

Eingangsnr.:

Gelosen:

Zur Rück-  
sprache:

Article-  
number:

sodass

2207 King 6



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag.-Alte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67

*Dr. Wolff. Klotz*



Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

sodass in der Zeit vom 1.4.1942 bis 30.9.1942 5 812 Juden  
mehr abwanderten.

Kopfzahl am 30.9.1942 = 817 Juden.

Entwurf

12.10.42  
In Kopfschrift.  
mit Kopfschrift des Direktors der Polizeipräsidenten  
am 9. April 1942 ...

- ✓ 1) dem Fürstengraue,
  - ✓ 2) dem Reichsfiskus Amt,
  - ✓ 3) dem Bauamt
  - ✓ 4) dem Marktsch. und Wirtschaftsbauamt
- für Beurlaubt.

T. Z. S. C. 1. 1. 1942

In Vertretung

J. A.

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten mark]*

*[Handwritten mark]*



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Abg. Akte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67

*Dr. Wolf. Glöckner*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)



Howe's



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Akte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67

*H. W. K. K. K.*



Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

Der Polizeipräsident.  
Abt. II - 72.20

Frankfurt a/M., den 12. Oktober 1943.

An den  
Herrn Oberbürgermeister Dr. K r e b s  
Frankfurt a/Main  
Rathaus.

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

X 14.10.1943 1

Einwangs-  
ausweis

Sachb.  
arbeiter

Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a/M. in der Zeit von  
1.4.1943 bis 30.9.1943.

In dieser Zeit sind in Frankfurt a/M. zugezogen 4 Juden  
Bestand am 31.3.1943:

	460
Zus.	464 Juden
+	3 Juden
Zus.	467 Juden

4 Gelapen. Zugang: durch Geburt

4 ZM. Abgang: a) nach dem Auslande keine Juden  
b) nach anderen deutschen  
Orten ..... 158 -

Herrn, am 14.10.43

V. O. L.

Bestand am 30.9.1943: 158 Juden.  
309 Juden.

Kopfzahl am 31.3.1943 = 460 Juden.

Kopfzahl am 30.9.1943 = 309 Juden.

ist.  
Kümmung

OK



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Akte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67

*H. W. K. K. K.*



Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

# Der Polizeipräsident

in Frankfurt (Main)

Abt. II - 72.20

Frankfurt (Main), den **15. Mai 1944.**  
Hohenzollern-Anlage 11

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

17. 5. 1944

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Krebs

Frankfurt a/Main

Rathaus.

**Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a/Main in der Zeit von**  
**1.10.1943 bis 31.3.1944.**

In dieser Zeit sind in Frankfurt a/Main zugezogen	9 Juden
Bestand am 30.9.1943	<u>309 "</u>
Zus.	318 Juden
<u>Zugang:</u> durch Geburt	+ <u>- Juden</u>
	318 Juden
<u>Abgang:</u> a) nach dem Auslande verzogen keine Juden	
b) nach anderen deutschen	
Orten verzogen	64 " <u>- 64 Juden.</u>
Bestand am 31.3.1944:	<u>254 Juden.</u>

*Krausberg*

1. Gesehen.

2. Z.d.A.

Frankfurt a.M., den 17. Mai 1944  
DER OBERBÜRGERMEISTER

2207  
Zug-6



May. 24th 2201

## Band 1

**Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt**



-5.6.67

6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)

# Der Polizei-Präsident in Frankfurt a. Main

Bernsprecher: 20015  
Geschäftszeit: Montags bis Freitags 8—13 Uhr  
Samstags 8—12 Uhr  
Postfachkonto: Staatliche Polizeikasse  
Frankfurt (Main) 7149  
Bankkonten: Staatliche Polizeikasse  
Reichsbank-Girokonto Bfm. Nr. 4/147  
(Einzahlungen bei allen Reichsbankanstalten kostenfrei)  
Geschäftszeichen: II -72.20-  
(In Eingaben und bei Geldsendungen angeben)

Frankfurt (Main), den 10. Oktober 1944  
Hobenzollern-Anlage 11

An den

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Krebs

Frankfurt a.M.

Rathaus

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

16.10.1944

Eingangs-  
nummer:

Sachbe-  
zeichnung:

Betr.: Judenbewegung in Frankfurt a.M.  
in der Zeit vom 1.4.44 bis 30.9.44.

In dieser Zeit sind in Frankfurt a.M. zugezogen  
Bestand am 31.3.44

Zugang: durch Geburt

Abgang: a) nach dem Auslande  
b) nach anderen deutschen Orten

Bestand am 30.9.44

zusammen

1 Jude
<u>254 Juden</u>
zusammen
<u>255 Juden</u>
- "
<u>255 Juden</u>
- "
<u>13 "</u>
<u>242 Juden</u>
=====

K 0093

2204

*1. Gelassen.  
2. J. 17. 17. 44  
H. 17. 17. 44*

*OV.  
Mein*



Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Akte 2201*

*Band 1*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67



*Dr. Wolff. Klotz*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)





STADT FRANKFURT AM MAIN

**Stadtkanzlei**

*Umsatz einzelner Lagerpfeifen*

Akten Nr. *8340/2*

Band Nr. *5*

Anfang: *Okt. 1942*

Ende: *1954*

Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Mag. Ake 8340/2*

*Band 5*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt

- 5. 6. 67

*H. Wey. 662*



Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 24. April 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 · Fernverkehr 12 64 21

IV B 4 b 378/42  
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Hauptverwaltungsamt  
Stadt Frankfurt am Main

Einge-  
gangen: - 1. Mai 1942 Vm.

Eingangs-  
nummer:

Gelesen:

Zur Rück-  
sprache:

Sachbe-  
arbeiter:

An den

Herrn Oberbürgermeister  
der Stadt Frankfurt/Main,

F r a n k f u r t / M a i n .

Betrifft: Grundstück Frankfurt/Main, Zeil 92.

Bezug: Ohne.

Durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland als Eigentümerin des obenbezeichneten Grundstücks wird mir über das Kaufangebot der Stadt Frankfurt/Main mit einem Kaufpreis von RM 200.000.- berichtet.

Als Aufsichtsbehörde der Reichsvereinigung der Juden obliegt mir die Einsetzung des jüdischen Gemeindevermögens im Zuge der Endlösung der europäischen Judenfrage, so daß dieses Vermögen bereits als für Zwecke des Deutschen Reiches gebunden zu betrachten ist.

Da der Einheitswert des Grundstücks RM 300.000.- beträgt, allein der Grund und Boden ist durch ein dortiges Gutachten auf RM 284.400.- geschätzt, kann ich mich mit dem gebotenen Erwerbspreis nicht einverstanden erklären, zumal der Verkehrswert des Grundstücks noch bedeutend über dem Einheitswert liegen dürfte.

./.

Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*alt. reg. Akte 8340/2*

*Band 5*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt



*- 5. 6. 67*

*H. Wolf. 6/3*

Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)



Ich habe daher die Reichsvereinigung der  
Juden in Deutschland angewiesen, mit der Stadt  
Frankfurt/Main erneut auf der Grundlage des Ein-  
heitswertes in Verkaufsverhandlungen einzutreten.

Im Auftrage:

gez. S u h r



gläubigt:

Kanzleiangeestellte.

DER OBERBÜERGERMEISTER

Frankfurt a.M., den 6. Mai 1942

II/P 02 369

v.R.

dem Bauamt

z.Hd. von Herrn Obermag.Rat Miersch

zur Kenntnis. Ein Erwerb der Liegenschaft für den SS-Oberab-  
schnitt kommt nicht mehr in Frage. Diesem ist vielmehr, wie  
bereits von mir kürzlich angeordnet, die Liegenschaft Bocken-  
heimer Landstr. 18 nach Freiwerden anzubieten. Ein etwaiger  
Erwerb der Liegenschaft Zeil 92 für die Stadt ist lediglich vom  
Standpunkt der Erhaltung eines unter Denkmalschutz stehenden  
Hauses in Betracht zu ziehen. Ein Kaufpreis von 300.000.RM  
kommt nach unserer seitherigen Stellungnahme hierfür jedoch  
nicht in Betracht.

Rückgabefrist: 20.5.42

Aus dem  
STADTARCHIV FRANKFURT a. M.

*Moz. Akte 8340/2*

*Band 5*

Reproduktion nur mit Genehmigung des  
Stadtarchivs Frankfurt a. M.

Die Übereinstimmung  
der Fotokopie  
mit der Urschrift  
wird hierdurch bescheinigt



*Dr. Wolff. K. K.*

5. 6. 67  
Stadtarchiv  
6 Frankfurt a. M. - 1  
Karmelitergasse 5  
(Karmeliterkloster)